

Inneres und Bürgerservice

Umweltschutz

Die bedeutendste Erledigung des Jahres 1978 im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes war die Schaffung einer tauglichen Rechtsgrundlage für die Erhaltung der Lobau. Mit Verordnung der Wiener Landesregierung vom 9. August 1978, LGBl. für Wien Nr. 32/1978, wurde der größte Teil dieser weitgehend ursprünglich erhaltenen Aulandschaft zum Voll- beziehungsweise Teilnaturschutzgebiet mit rund 2.000 ha, der Rest des Gebietes zum Landschaftsschutzgebiet mit rund 500 ha erklärt. In Zusammenarbeit mit der grundverwaltenden Dienststelle, der Magistratsabteilung 49, wurde die Anpassung des derzeitigen Gebietszustandes an den Schutzgedanken in Angriff genommen. Als Beispiel sei die Beseitigung eines alten Gleiskörpers mit der Humusierung der Trasse zur Vorbereitung der Aufforstung genannt. Durch eine andere Arbeit ist es möglich geworden, künftige Auswirkungen von kulturtechnischen Maßnahmen der Grundwasserdotierung auf die Vegetation der Lobau abzuschätzen.

In sinnvoller Ergänzung zum Schutz der Lobau wurde für das rechte Donauufer die Erklärung des Unteren Praters zum Landschaftsschutzgebiet in die Wege geleitet.

Eine Aktivität auf dem Gebiet des rechtlichen Naturschutzes mit noch weitreichender Auswirkung stellt die Ausarbeitung eines Arbeitsentwurfes für ein neues Naturschutzgesetz dar. Um eine Übersicht über den schützenswerten Grundbestand im Bereich des Landes Wien zu erhalten, wurde mit der plantechnischen Darstellung des derzeitigen Zustandes begonnen. Eine Teilarbeit davon, die schriftliche und planliche Dokumentation der Naturdenkmäler in Wien, steht vor dem Abschluß.

Im Naturdenkmalgebiet „Wienerbergteiche“ im 10. Bezirk wurde in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 49 eine Reihe von Verbesserungsmaßnahmen durchgeführt. So konnte neben Aufforstungen mit der Fassung einer Quelle und deren Einleitung in den Teich der landschaftsgerechte Charakter des Gebietes gesichert werden. Weiters wurden Reinigungsaktionen in Verbindung mit Waldpflegemaßnahmen durchgeführt, so auch im Laaer Wald, im Hörndlwald und im Jedleseer Aupark; in dessen Nähe, und zwar in der Schwarzlackenau, wurde nach der Sanierung einer ausgedehnten wilden Mülldeponie für die entsprechende Begrünung gesorgt.

Eine vollkommene Neuerung stellt ein Projekt dar, auf Grund dessen das Niederschlagswasser von den Hausdächern zur Bewässerung der Bäume im Großstadtgebiet nutzbar gemacht werden soll. Zwei Pilotanlagen sind bereits fertiggestellt und haben sich in der kritischen Testphase des winterlichen Frostes bewährt.

Das Problem der „Anpassung“ von Bauwerken, Versorgungsstrassen und der intensiveren Nutzung an die Landschaft bildete auch 1978 wieder das größte Aktionsgebiet im Rahmen des Natur- und Landschaftsschutzes. In weit über 300 Ortsaugenscheinen und Verhandlungen wurden die notwendigen Beweissicherungen und Grundlagen für den Vollzug des Naturschutzgesetzes geschaffen. Auf dieser Basis waren insgesamt 34 bescheidmäßige Erledigungen zu treffen, wobei die Erklärung von kleineren Einzelnaturgebilden zur Naturdenkmälern mit 10 Bescheiden den Hauptanteil stellt. Bei den weiteren Erledigungen standen Maßnahmen zur Landschaftspflege, insbesondere die Untersagung landschaftsschädigender Maßnahmen, die Bewilligung oder die Versagung der Bewilligung von Maßnahmen in Landschaftsschutzgebieten, ferner Stellungnahmen zur beabsichtigten Errichtung von Ankündigungen im Landschaftsschutzgebiet sowie schließlich die Erteilung von Aufträgen zur Abwehr von Gefahren in Naturschutzgebieten im Vordergrund.

Als weitere wesentliche legislative Maßnahme ist die Novellierung der aus dem Jahre 1975 stammenden Verordnung betreffend das Verbot der Verwendung von Auftausalzen zu erwähnen. Die Änderung sieht nunmehr für katastrophenähnliche Glatteisbildung die Möglichkeit vor, durch Verlautbarung im Rundfunk eine vorübergehende Aufhebung des Verbotes auszusprechen. Das ist eine Ausnahme, die bereits wenige Tage nach dem Inkrafttreten Anwendung fand. Gemäß dieser Verordnung waren insgesamt 10 Verfahren durchzuführen, wobei in 5 Fällen Ausnahmebewilligungen erteilt wurden.

Zu den Aufgaben der Magistratsabteilung 22 zählt weiters die Dienstaufsicht über die ehrenamtlichen Wiener Naturschutzorgane, die auf freiwilliger Basis an der Überwachung der Einhaltung der Naturschutzvorschriften beteiligt sind. Der Abteilung wird von den Naturschutzorganen im Wege einer eigenen Einsatzleitung über Mißstände berichtet, so daß die Möglichkeit besteht, behördlicherseits einzugreifen. Die Wiener Naturwacht erreichte mit 31. Dezember 1978 einen Mannschaftsstand von 114 Personen.

Eine ähnliche Aufgabe ist nach dem Naturhöhlengesetz zu erfüllen. Zur Höhlenführerprüfung wurden im Jahre 1978 vier Personen zugelassen; sämtliche Kandidaten bestanden die Prüfung erfolgreich. Obwohl im Land Wien Naturhöhlen fast vollständig fehlen, zählt es hinsichtlich der Zahl der ausgebildeten Höhlenführer zu den führenden Bundesländern.

Schließlich betraf eine der Haupttätigkeiten die Mitwirkung an legislativen Vorhaben anderer Abteilungen, die Ausarbeitung von Stellungnahmen an magistratsfremde Dienststellen und internationale Körperschaften,

ferner die Vertretung der Interessen des Umwelt- und Naturschutzes in Verfahren anderer Abteilungen sowie den Kontakt mit privat organisierten Natur- und Umweltschutzorganisationen.

Auf dem Gebiet der Luftreinhaltung wurden 1978 die Arbeiten bezüglich immissionsklimatologischer Untersuchungen so weit fortgeführt, daß die Rechenprogramme für die Vorausberechnung von Schwefeldioxydkonzentrationen für beliebige Bereiche des Stadtgebietes bei vorgegebenen Wetterlagen funktionieren. Mit einer Anschlussarbeit soll das Programm so weitergeführt werden, daß es möglich sein wird, auf eingelegten Stadtkarten Isokonzentrationslinien einzuzeichnen.

In Ergänzung zum Immissionsprognosemodell wurden bei genau definierten Wetterlagen die entsprechenden meßtechnischen Kontrollfahrten zur Bestätigung der Simulation durchgeführt. Bei diesen Messungen wird vom fahrenden Fahrzeug aus die in der Luft befindliche Schadstofflast ermittelt. Mittels dieser Meßfahrten nach vorgegebenen Profilen in der Umgebung des zu untersuchenden Emittenten und bei Kenntnis der örtlichen Grundlast dieses Schadstoffes kann die in der Luft transportierte Menge und der daraus erfolgende Eintrag in die bodennahen Schichten über der Fahrtstrecke ermittelt werden. Der Vergleich des jeweils aktuellen Ausbreitungsvorganges mit den aus derselben Klimasituation errechneten Werten liefert eine gute Möglichkeit zur Eichung und Kontrolle des mathematischen Transmissionsmodelles. Wie die Auswertungen zeigen, konnte die gute Übereinstimmung mit den zum Prognosemodell gehörigen und zum Teil bereits vorliegenden Immissionskarten festgestellt werden.

Außerdem wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut für Analytische Chemie der Technischen Universität Wien, Abteilung für Umwelthygiene, mit einer Arbeit begonnen, die sich vor allem mit der Staubsituation in Wien, der Bestimmung von krebserregenden Substanzen in der Wiener Stadtluft sowie mit allgemeinen Untersuchungen über die Staubsituation in Wien unter besonderer Berücksichtigung der lungengängigen Fraktionen befaßt.

In Fortführung der Arbeiten zur Erstellung eines Kfz-Abgaskatasters für Wien konnte 1978 die meßtechnische Erfassung von Kohlenmonoxyd in einem innerstädtischen Straßenzug erfolgen. Im Zuge der gegenständlichen Arbeit wurde, aufbauend auf straßenverkehrs- und kraftfahrzeugspezifischen sowie auf immissionsklimatologischen Daten, ein Ausbreitungsmodell erarbeitet, das eine starke Korrelation der Kfz-Emissionen mit dem Immissionsverhalten des Schadstoffes in Abhängigkeit der Straßenform und Art der Verbauung zeigt. Gegenüber den vorjährigen Untersuchungen im Bereich der Währinger Straße, bei denen nur die Korrelation mit großräumigen meteorologischen Daten der Hohen Warte möglich war, ergaben die verbesserten Rechenansätze unter Einbeziehung der kleinräumigen Windverhältnisse starke Korrelationen, die nach erforderlicher Überprüfung weiterer Straßentypen von Wien letztlich zur Erstellung eines Kfz-Abgaskatasters für das Stadtgebiet führen können.

Das Luft-Immissionsmeßprogramm wurde über das bestehende Meßnetz weiter betrieben. Das nun im vorläufigen Endausbau befindliche, kontinuierlich registrierende und an die Luftmeßzentrale übertragende stationäre Meßnetz wird weiterhin durch das 28 Meßstellen umfassende ambulante Meßnetz sowie durch das aus 35 Meßstellen bestehende Niederschlagsmeßnetz ergänzt.

Wie die durch das Institut für medizinische Physik verfaßte jahresmäßige Übersicht bestätigt, ist in der vergangenen Heizperiode keine Verschlechterung der Schwefeldioxydkonzentrationen gegenüber den vorhergehenden Jahren festzustellen.

Weiters wurden in Zusammenarbeit mit der Studiengesellschaft für Atomenergie die nun bereits über längere Zeiträume vorliegenden Staubschwebstoffproben hinsichtlich ihres Gehaltes an Schwermetallen mittels Röntgenfluoreszenzanalyse überprüft. Diese Analysen erlauben es, Rückschlüsse auf die Belastung der Umwelt durch Schwermetalle, wie Blei, Zink, Kadmium usw., zu ziehen.

Die Arbeiten, die 1978 in bezug auf Lärm durchgeführt wurden, umfassen Modellversuche zu konkreten Planungsvorhaben hinsichtlich der Ausbreitung von Lärm, Untersuchungen zu bereits vorliegenden Lärmproblemen wie zum Beispiel durch die Südost-Tangente sowie auch schalltechnische Versuche zur Verringerung des durch öffentliche Verkehrsmittel erregten Lärms, wie durch die Linie 64 und die U 1.

Bei der Planung eines zukünftigen Verkehrserregers, der städtischen Hochleistungsstraße, wurde erstmals damit begonnen, mittels eines Akustikmeßmodells den Lärm innerhalb eines verbauten Gebietes zu simulieren. Die Simulation des zu erwartenden Lärmpegels erfolgte durch Messungen an einem im Maßstab 1 : 64 verkleinerten Modell, dessen akustische Eigenschaften im transformierten Frequenzbereich eine ausreichend genaue Abbildung der Wirklichkeit darstellen. Es war daher möglich, sechs Ausführungsvarianten von Lärmschutzmaßnahmen am Modell zu messen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden im Zusammenhang mit einem rechnerischen Gutachten Grundlage für Lärmschutzmaßnahmen im Bereich des Flötzersteiges, der B 223, sein.

Auf Initiative der Abteilung wurde um die Jahresmitte 1978 eine aus den zuständigen Fachdienststellen zusammengesetzte Arbeitsgruppe bezüglich der Lärmprobleme, die durch die Südost-Tangente hervorgerufen werden, konstituiert. Im Zuge der Tätigkeit dieses Arbeitskreises wurde auf der Basis einer prognostizierenden Schallausbreitung in Verbindung mit entsprechenden Schallpegelmessungen mit den Arbeiten zu Lärmschutzprojekten, wie Am Schöpfwerk, Per Albin Hansson-Siedlung Nord, Kirchenplatz Inzersdorf, Absberggasse, Gei-

selbergstraße, Gürtelanschlußstelle Hofmannsthalgasse und Erdberger Mais, begonnen. Mit der Fertigstellung dieser Lärmschutzprojekte, die zum Teil in Form von Lärmschutzwällen und -wänden, zum Teil in Form von passivem Lärmschutz wie Schallschutzfenster bestehen, ist im Jahr 1979 zu rechnen.

Die Abteilung wurde ferner seit dem Jahre 1978 in mehr als 30 Fällen bei den im Wohnbauprogramm der Stadt Wien ausgewiesenen Projekten zur Beurteilung aus lärmtechnischer Sicht herangezogen. Besonderer Wert wird dabei auf die Bebauungsform, das heißt auf die Gebäudestellung als auch auf die Grundrißgestaltung der Wohnungen, zum Beispiel auf die hofseitige Lage der Wohn- und Schlafräume, sowie auch auf die Verwendung von Lärmschutzfenstern gelegt. Somit konnten Maßnahmen gesetzt werden, die die Wohn- und Lebensqualität entscheidend verbessern.

Im Zuge der Erledigung von Lärmbeschwerden wurden über 50 Lärmpegelorientierungsmessungen durchgeführt, ebenso mußte eine Vielzahl von Messungen in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 39 vorgenommen werden.

Der seit dem Jahre 1976 von der Abteilung betreute Modellversuch zur Gewinnung von verwertbaren Rohstoffen aus dem Hausmüll durch getrennte Einsammlung wurde im Siedlungsgebiet Per Albin Hansson-Siedlung Ost im Jahre 1978 abgeschlossen. Die Auswertung des Versuches mit genauen Angaben über die Mengen und Kosten der auf diese Weise wiedergewinnbaren Rohstoffe wird im Laufe des Jahres 1979 veröffentlicht werden. So stellte sich schon während des Versuches heraus, daß vor allem auf Grund der anfallenden Qualität die getrennte Einsammlung von Kunststoffen nicht wirtschaftlich ist. Diese wurde daher in der letzten Phase des Versuches eingestellt. Um die Ergebnisse aus diesem neuen Siedlungsgebiet mit solchen aus einem Altstadtgebiet oder einem Verwaltungsbereich vergleichen zu können, wurden vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung Mittel zur Durchführung ergänzender Versuche bereitgestellt.

Auf dem Sektor Wasser wurden die 1977 begonnenen Arbeiten zur Erstellung eines Gütebildes der Oberflächengewässer Wiens weitergeführt und zum Teil abgeschlossen. Die nun auf dem Gebiet des Grund- und Oberflächenwassers vorliegenden biologischen, bakteriologischen und chemischen Untersuchungen können als Grundlage für einen noch zu erstellenden „Umweltbericht Wasser“ Verwendung finden.

Die Mitarbeit in verschiedenen Gremien, betreffend den Wärme- und Schallschutz, wie zum Beispiel im Österreichischen Normungsinstitut oder im Österreichischen Arbeitsring für Lärmbekämpfung, wurde weitergeführt.

Im Jahre 1978 fielen insgesamt 1.183 Geschäftsstücke an, davon betrafen 1.179 allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, 4 waren Berufungen in Verwaltungsstrafsachen.

Stadtgartenamt

Im Jahre 1978 wurden 1.581 öffentliche Gartenanlagen mit einem Flächenausmaß von 15.870.276 m² sowie in 1.242 Straßen 71.997 Alleebäume gärtnerisch betreut. Für andere Dienststellen wurden die Grünflächen in 1.260 Wohnhausanlagen mit 5.687.236 m², in 232 Schulgärten mit 616.720 m², in 192 Kindergärten mit 420.117 m², in 27 Kinderfreibädern mit 24.165 m² und auf 15 Jugendspielflächen mit 36.407 m² gärtnerisch gepflegt.

Im Rahmen dieser Arbeiten mußten mehrere Gartenanlagen neu hergestellt und einige bereits bestehende Anlagen umgestaltet oder erneuert werden. So wurden im 1. Bezirk die Arbeiten zur Instandsetzung der Wienflußeinwölbung fortgesetzt. Im Bereich des Konstantinhügels im 2. Bezirk konnte die Instandsetzung und Umgestaltung der Fläche nach Abbruch des Café-Restaurants fortgeführt und mit der Errichtung eines Gerätespielplatzes begonnen werden. Die Ausgestaltung des Karlsplatzes im 4. Bezirk und die damit verbundene Sanierung dieses städtebaulich wichtigen Platzes wurden abgeschlossen. In Verbindung mit dem Umbau der Wiedner Hauptstraße waren kleine Grünflächen neben den Kraftfahrzeugabstellplätzen anzulegen. In der Schäffergasse wurde gegenüber der Schule bei der bereits bestehenden kleinen Gartenanlage eine niedrige Begrenzungsmauer errichtet, im 5. Bezirk Ecke Wiedner Hauptstraße – Nikolsdorfer Gasse in Zusammenarbeit mit der Raiffeisenbank eine kleine Grünfläche mit Sitzplatz angelegt, Am Hundsturm die bestehende Parkanlage umgestaltet und durch den Einbau eines Gerätespielplatzes wesentlich verbessert. Ein Teil des Bacherplatzes konnte durch die Errichtung eines Ruheplatzes für Erwachsene sowie durch Anlegen eines Gerätespielplatzes wesentlich attraktiver gestaltet werden. Die im Jahre 1977 begonnenen Arbeiten zur Errichtung einer Gartenanlage in der Stumpfgasse im 6. Bezirk wurden fortgesetzt; der größte Teil der bisher freigemachten Fläche konnte ausgestaltet und somit der Bevölkerung bereits zur Verfügung gestellt werden. In der Windmühlgasse wurden nach dem Umbau der alten Stützmauern mehrere Bäume gepflanzt, ebenso in der Magdalenenstraße bei der Errichtung eines neuen Kinderspielplatzes im Rahmen des Spielstraßenprogramms.

Im Bereich der Nevillebrücke wurden die bereits vorhandenen Grünflächen durch dichte Bepflanzung mit Bodendeckern verbessert. Im 7. Bezirk wurde am Neubaugürtel gegenüber dem Westbahnhof nach dem Abbruch des früheren Kinderfreibades eine neue Grünfläche mit Ruheplatz angelegt und zur Benützung freigegeben. Im 8. Bezirk konnte im Schönbornpark ein Babyspielplatz eingebaut sowie ein großer Teil der Weg- und

Platzflächen staubfrei gemacht werden. In der Stolzenthalergasse wurde eine öffentliche Gartenanlage neu errichtet. Im Arne Carlsson-Park im 9. Bezirk wurde der Kinderspielplatz umgestaltet und mit neuen Spielgeräten ausgestattet; die beschädigten Weg- und Platzflächen wurden wieder instandgesetzt. Im Liechtentaler-Park wie am Spittelauer Platz wurde zusätzlich ein Spielgerät aufgestellt. In Verbindung mit dem Bezirks- und Hochschulzentrum konnten außerdem Alleebäume gepflanzt werden. Die Arbeiten zur Ausgestaltung der Oberfläche des Reumannplatzes im 10. Bezirk wurden abgeschlossen, nach dem Ausbau der Fontanastraße in Ober-Laa die angrenzenden Freiflächen gärtnerisch ausgestaltet. Im Volkspark Laaer Berg wurde ein weiterer Ballspielplatz neu hergestellt, nach Abschluß der Straßenbauarbeiten in der Urselbrunnengasse eine neue Grünfläche angelegt. In der Favoritenstraße neben dem Hansson-Zentrum waren die Freiflächen entlang der Favoritenstraße gärtnerisch zu gestalten. Im 11. Bezirk wurden bei der Mühsangergasse und beim Cholera Grab in der Thürlhofstraße Grünflächen errichtet und den Kindern zur Verfügung gestellt. In der Mautner-Markhof-Gasse—Rappachgasse wurde ein Kinderspielplatz geschaffen und gärtnerisch ausgestaltet, in der Florian Hedorfer-Straße mußten nach dem Straßenumbau neben dem neuen Hallenbad Grünflächen neu angelegt und Bäume gepflanzt werden. Mit der gärtnerischen Ausgestaltung der aufgelassenen Gleistrasse der Österreichischen Bundesbahnen wurde im Bereich Schönbrunner Allee—Schlöglgasse im 12. Bezirk begonnen, ein erstes Teilstück bereits fertiggestellt, auf dem Migazziplatz eine Spielstraße hergestellt und die bestehende Platzfläche begrünt. In Verbindung mit dem Neubau der Philadelphiabrücke wurde mit der Errichtung einer neuen Grünanlage begonnen, die neue Fußgängerzone gärtnerisch ausgestaltet. In der Unter-Meidlinger Straße neben der Friedhofsmauer wurde ein Grünstreifen hergestellt und die bestehende Grünfläche auf der Stiegerbrücke verbessert.

Neue Grünflächen konnten im 13. Bezirk neben dem neuerrichteten Hallenbad angelegt werden. Die Arbeiten zur Errichtung einer neuen großen öffentlichen Parkanlage über der Tiefgarage neben der Wiener Stadthalle im 15. Bezirk wurden beendet, gleichfalls die für eine öffentliche Gartenanlage in der Haidmannsgasse. Der Lorenz Bayer-Platz im 16. Bezirk wurde umgestaltet und ein Gerätespielplatz eingebaut. Im Kongreßpark konnten Spielgeräte zusätzlich aufgestellt und die Wegflächen am Kernstockplatz saniert werden. Der Kinderspielplatz im Pezzlpark im 17. Bezirk wurde durch den Einbau von Holzspielgeräten verbessert, im Lidlpark waren die Platzflächen, am Stöberplatz die Grünflächen instand zu setzen. Im 18. Bezirk im Türkenschanzpark wurden der Kinderspielplatz sowie die Wegflächen verbessert, im 19. Bezirk die Arbeiten zur Ausgestaltung des Groß-erholungsraumes Hohe Warte fortgesetzt sowie die Wegoberflächen im Wertheimsteinpark verbessert. Im 20. Bezirk mußten die Wegflächen auf dem Treppelweg entlang des Donaukanals instandgesetzt werden. Mit der gärtnerischen Ausgestaltung des Friedrich Engels-Platzes nach Abschluß des Brücken- und Straßenneubaus wurde begonnen. In der Pappenheimgasse konnte ein Kinderspielplatz errichtet, am Sachsenplatz die Gartenanlage durch die Aufstellung von Spielgeräten und die Anlage eines Pensionistenplatzes verbessert werden. Mit der gärtnerischen Ausgestaltung der Floridsdorfer Hauptstraße und des angrenzenden Wasserparkes im 21. Bezirk wurde nach Beendigung des Brücken- und Straßenneubaus begonnen. Die schadhafte Ufermauer an der oberen Alten Donau mußten instandgesetzt werden, eine kleine Freifläche in der Bessemerstraße wurde begrünt. Neue Grünflächen wurden hergestellt in der Tomaschekstraße—Schlossergasse, in der Dominik Wölfel-Gasse und in der Wassermannsgasse im Bereich der Großfeldsiedlung. Die bestehenden Kinderspielplätze im Donaupark im 22. Bezirk wurden durch die Neuaufstellung von Holzspielgeräten verbessert, außerdem Setzungsschäden behoben und ein neuer Fußweg errichtet, in der Benjowskigasse auf einer Grünfläche Spielgeräte aufgestellt, in der Melaugasse und am Rennbahnweg neue Grünstreifen angelegt sowie die Arbeiten zur Uferausgestaltung der unteren Alten Donau fortgesetzt. Im 23. Bezirk in der Gatterederstraße wurden neue Grünflächen geschaffen und Bäume gepflanzt, im Draschepark in Inzersdorf die Arbeiten zur Errichtung eines Erholungszentrums fortgesetzt.

Im Rahmen des Wiener Baumschutzgesetzes mußten zahlreiche Überprüfungen vorgenommen, ferner Gutachten erstellt und Ersatzpflanzungen vorgeschrieben werden. Von Organen des amtlichen *Pflanzen-schutzdienstes* wurden 11.146 Gartenkontrollen durchgeführt, 61 Vorträge, davon 32 mit Lichtbildern und 9 mit Tonfilmvorführungen, abgehalten. Außerdem wurden 6.561 phytosanitäre Kontrollen und 4.411 Qualitätsklassenkontrollen in 1.989 Waggons und 2.421 Lastkraftwagen vorgenommen.

Im Jahre 1978 wurden für die Erhaltung der städtischen Grünanlagen und -flächen der Schulgärten sowie Grünanlagen in Kindergärten, ferner für die Herstellung neuer Gärten und die Umgestaltung bestehender Parkanlagen insgesamt 385,539.548 S ausgegeben. Die Einnahmen betragen 18,039.730 S.

Forst- und Landwirtschaftsbetrieb

Die Magistratsabteilung 49, der Forst- und Landwirtschaftsbetrieb, ist, entsprechend der Geschäftsordnung, mit der Verwaltung und Bewirtschaftung sowohl der in den Bundesländern Niederösterreich und Steiermark gelegenen Quellenschutzforste als auch mit der im Lande Wien und teilweise in ihrem Umland gelegenen Erholungswäldern sowie letztlich mit den landwirtschaftlichen Gründen, den städtischen Ökonomien und den hinzugepachteten Bundesdomänen betraut.

Das Flächenmaß der Forste betrug im Bereich des Landes Wien 7.959,94 ha und in den Quellenschutzforsten 32.256,98 ha. Einschließlich von 3.500 ha landwirtschaftlich genutzten Flächen standen somit 43.716,92 ha in Verwaltung. Genaue Angaben über die Größe der Landwirtschaftsflächen können, wie bei den Forstflächen, schwer gemacht werden, da im Jahre 1978 beispielsweise Flächen für Industriesiedlungen im Süden Wiens abgetreten wurden, andererseits flächengleiche Neuzuweisungen vorwiegend im Nordosten der Stadt hinzukamen und auch verstreut liegende Grundstücke für eine kurzzeitige landwirtschaftliche Nutzung zugezogen wurden. Weiters unterliegen einer landwirtschaftlichen Bewirtschaftung auch jene Flächen, die im Zuge der Erholungsraumbewirtschaftung an Dauer-(Lager-)Wiesen umgewidmet wurden und keinen Ertrag abwerfen.

Die Bewirtschaftung der Forstflächen in jenen Revieren, die von der Windwurfkatastrophe des Jahres 1976 betroffen waren, bestand in der Aufarbeitung des Schadholzes. Es gelang fast durchwegs, die restlichen Windwurfflächen zu räumen und, soweit vorhanden, auch die Sekundärwürfe aufzuarbeiten. Durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch den Abtrieb befallenen Holzes und das laufende Auslegen von Fangbäumen, war man bemüht, der zu erwartenden Schadinsektenvermehrung entgegenzuwirken. In den übrigen Forstrevieren erfolgte die Nutzung im Rahmen der Schlägerungspläne; jene wurden zum Teil im Hinblick auf die Übernutzungen nach den Windwürfen herabgesetzt.

Der Gesamtholzeinschlag betrug im Jahre 1978:

	Blochholz fm	Schleif- und Grubenholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste	6.277,92	2.029,80	6.234,38	14.542,10
Quellenschutzforste	110.457,67	13.944,38	4.818,85	129.220,90
Zusammen	116.735,59	15.974,18	11.053,23	143.763,00
Prozent	81,2	11,1	7,7	100,0

In dieser Zusammenstellung sind 21.500 fm Windwürfe enthalten, die fast durchwegs aus Sekundärwürfen am Rande alter Schadflächen stammten.

Die Rundholzabgaben umfaßten sowohl die im Laufe des Jahres angefallenen Holz mengen als auch jene aus dem Vorjahr, die jedoch erst im Jahre 1978 zur autobefahrenen Straße herangebracht und verkauft werden konnten.

	Nutzholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste	9.025,23	6.602,58	15.627,81
Quellenschutzforste	125.374,78	4.460,59	129.835,37
Zusammen	134.400,01	11.063,17	145.463,18

Die unter Nutzholz angeführte Menge beinhaltet auch 16.057,65 fm Sägerundholz, das dem Sägewerk Hirschwang der Stadt Wien zur Erzeugung von Schnittholz zugeführt wurde. Bei stabilen Holzpreisen und überaus reger Nachfrage konnte das angefallene Holz zügig vermarktet werden.

Die landwirtschaftlich genutzten Flächen waren zu 69 Prozent mit Getreide, zu 14 Prozent mit Hackfrüchten, zu 8 Prozent mit Hülsenfrüchten, zu 5 Prozent mit Körnermais und zu jeweils 1 Prozent mit Feldgemüse und Ölfrüchten bebaut. Die für die Vegetation maßgebliche Witterung des Jahres 1978 behinderte die normale Entwicklung der Kulturpflanzen und wirkte sich auf den Ertrag aus. Der niederschlagsarme Winter und die wiederholt auftretenden Spätfröste sowie der kühle Juni beeinträchtigten die erst angebauten Hülsenfrüchte und den Mais. Lediglich das Getreide hatte Zeit zum Ausreifen und erbrachte überdurchschnittlichen Ertrag.

Folgende landwirtschaftliche Produkte wurden im Jahre 1978 erzeugt: 8.780 t Getreide, 709 t Mais, 95 t Raps, 870 t grüne Erbsen, 1.047 t grüne Bohnen, 477 t Kartoffeln, 17.196 t Zuckerrüben, 265 t Spinat, 99.895 Bund Radieschen und 780 hl Wein. Der Ertrag des weiterhin betriebenen biologisch-dynamischen Landbaues konnte dem gegenübergestellt werden, der von in konventioneller Weise angebauten Flächen erzielt wurde. Die bisher erreichten Hektar-Erträge zeigten jedenfalls keinen Mißerfolg. Um die Versuche mit dem biologisch-dynamischen Landbau zu vervollständigen, wurde auch eine Parzelle mit Wein des Stadtgutes Cobenzl weder gedüngt noch gegen Schädlinge behandelt. Wegen der Kürze der Zeit konnten keine Erfahrungen gesammelt werden, die eine Aussage zulassen.

Im Sägewerk Hirschwang war die Nachfrage weiterhin lebhaft, jedoch entwickelten sich die Preise entsprechend der Situation am Schnittholzmarkt in Abhängigkeit der Lage am Weltmarkt unbefriedigend. Lediglich durch die bereits erfolgte Rationalisierung und die günstigen Transportkosten konnten Verluste aufgefangen werden. Der Jahresverschnitt betrug 11.356,04 fm, die Erzeugung bei einer Ausbeute von 66,05 Prozent 7.495,554 m³. Verkauft wurden 7.270,977 m³.

Im Hinblick darauf, daß die Aufarbeitung der Windwürfe erst im Jahre 1978 abgeschlossen wurde, die aufzuforstenden Flächen größtenteils noch als Lager- und Manipulationsflächen dienten, konnte die Aufforstung noch nicht im vollen Ausmaß einsetzen. 669.800 Bäume und Sträucher wurden für Wiederaufforstungen, 87.500 für Nachbesserungen vorhergehender Kulturen und 117.600 für Neuaufforstungen benötigt. Die Neuaufforstungen wurden einerseits als Wohlfahrtsaufforstungen im Raume Wien, andererseits als Schutzwaldsanierungen in den Quellenschutzforsten vorgenommen. Die Aufforstungsfläche betrug bei Wiederaufforstungen 151,67 ha, bei Nachbesserungen 23,31 ha und bei Neuaufforstungen 13,02 ha. Zum Schutz der Kulturen gegen Wildverbiß, aber auch gegen unbefugtes Eindringen durch den Menschen wurden 11.820 m Zäune errichtet.

Der mit Beginn der Windwuraufarbeitung eingeleitete Straßenbau im Quellenschutzgebiet wurde zügig weitergeführt, wobei ein beträchtlicher Teil der im Jahre 1978 gebauten Forststraßen und Stichwege unter schwierigsten, zum Teil alpinen Verhältnissen gebaut werden mußte. 22.250 m Forststraßen wurden errichtet und fertiggestellt. Darüber hinaus waren auf der Armeiswiesalm noch 1.600 m im Bau. Um das Schuttmaterial an den Straßenböschungen zu festigen und die Verunstaltung der Landschaft zu verhindern, wurden an den neuerichteten Straßen Begrünungen mit tief wurzelnden Gräsern und Kräutern durchgeführt. Auch an den Straßen, die in den Vorjahren erbaut wurden, mußten Nachbesserungen vorgenommen werden. Somit wurden insgesamt 52.060 m Straßenböschungen bearbeitet. Die Bringung des anfallenden Holzes erfolgte fast durchwegs mit Lastkraftwagen auf den ForstaufschlieBungswegen. Da aber nicht zu allen Schadflächen Straßen gebaut werden konnten, wurden in Sonderfällen mobile Seilkräne eingesetzt; damit konnten insgesamt 3.623 fm eingebracht werden.

In den Eigenjagdrevieren der Stadt Wien wurden im Jahre 1978 folgende Wildzahlen geschätzt und Abschüsse getätigt:

	geschätzter oder gezählter Bestand	Wild erlegt
Rotwild	1.080	403
Rehwild	1.750	470
Gamswild	2.300	370
Muffelwild	790	182
Damwild	300	40
Schwarzwild	900	562

Gegenüber 1977 war in allen Revieren der Quellenschutzforste ein deutlicher Rückgang des Schalenwildes zu verzeichnen. So erfolgte, um Wildschäden hintanzuhalten, eine verstärkte Bejagung. Dem Abgang muß noch die Fallwildanzahl hinzugerechnet werden; es waren 13 Stück Rotwild, 146 Stück Rehwild, 120 Stück Gamswild und 1 Stück Schwarzwild.

Die Verwendung der Forstarbeiter der Stadt Wien weist signifikant die unterschiedlichen Aufgabebereiche in den Quellenschutzforsten gegenüber den Forsten im Raume Wiens aus. So wurden die Forstarbeiter in den Quellenschutzgebieten zu 30 Prozent zur Holzgewinnung und zu 16 Prozent zur Gebäudeerhaltung herangezogen, während sie sich in den Forsten im Raume Wiens nur zu 14 Prozent in der Holzgewinnung betätigten. 24 Prozent waren bei Erholungswaldmaßnahmen beschäftigt und 16 Prozent bei Kulturarbeiten.

Im Wiener Naherholungsraum wurden zur Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels im Bereich des 11. und 21. Bezirks, in Stammersdorf, in der Nähe der Großfeldsiedlung und auf der Simmeringer Heide rund 6,5 ha Wohlfahrtsaufforstungen mit etwa 60.000 Bäumen und Sträuchern durchgeführt. Auf der neugeschaffenen Donauinsel wurden die Begrünungs- und Bepflanzungsarbeiten fortgesetzt, wobei auf einer Fläche von 18 ha insgesamt 175.000 Bäume und Sträucher mit maschinellen Pflanzpflügen kultiviert und überdies 25 ha Lagerwiesen angelegt wurden. Mit Unterstützung und in Zusammenarbeit mit dem Verein „Niederösterreich — Wien, gemeinsame Erholungsräume“ wurden folgende Projekte realisiert: Ausgestaltet wurde der Bisamberg, dort Grünverbindungen hergestellt und Parkplätze angelegt. Am Wilhelminenberg wurde der Paulinensteig als Wanderweg angelegt, am Hausmannskogel ein Unterstand errichtet. Die Wienerberge teiche waren zu sichern. Auf der Simmeringer Heide wurden Wohlfahrtsaufforstungen vorgenommen, im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel rund 200 ha Wiesen saniert. Der bereits im Vorjahr eingeleitete Versuch, die Wiesenflächen des Wienerwaldes durch Schafe, sozusagen als „Biologische Rasenmäher“, abweiden zu lassen, wurde weiter fortgeführt. Der Schafbestand ist inzwischen auf 130 Stück angewachsen, und es ist beabsichtigt, ihn bis auf 300 Stück ansteigen zu lassen. Zur Pflege, Erneuerung und Ergänzung von Naherholungszentren wurden weitere 50 Stück Tisch-Bank-Kombinationen und 100 solide Abfallkübel aufgestellt. Weiters wurden vorhandene Lehrpfade instand gesetzt oder erweitert; und zwar in der Lobau mit Vogellehrtafeln und im Dehnepark mit Exotenlehrtafeln. Als besondere Attraktion wurde beim Rohrhaus im Lainzer Tiergarten ein Kinderspielplatz mit einem Indianerdorf und einem „Wild-



Amtsführender Stadtrat Peter Schieder (Inneres und Bürgerservice) eröffnet im Beisein von Bürgermeister Leopold Gratz und Amtsführendem Stadtrat Hans Mayr (Finanzen und Wirtschaft) die neue Parkanlage bei der Stadthalle im 15. Bezirk, Vogelweidplatz

Stadtgartenamt

Der neugestaltete Resselpark im 4. Bezirk, Karlsplatz





Baumpflanzungen im 1. Bezirk, Schottenring, bei der Börse

Stadtgartenamt
Umweltschutz

Die Lobau wurde mit Verordnung der Wiener Landesregierung vom 9. August 1978, LGBl. für Wien Nr. 26/1978, unter Naturschutz gestellt



west-Fort" ausgestattet, am Cobenzl ein Kleintier-Tiergarten errichtet, der sich bei Kindern und Erwachsenen größter Beliebtheit erfreut.

Entsprechend den forstgesetzlichen Bestimmungen des Jahres 1975 wurde eine forstliche Raumplanung für den Bereich des Landes Wien durchgeführt. So wurden die Waldflächen Wiens kartiert, die Waldfunktionen bewertet und das Ergebnis in Funktionskarten bildlich dargestellt. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und dem Wiener Stadtschulrat wurde, wie alljährlich, die „Woche des Waldes“ veranstaltet, an der etwa 2.500 Schüler teilnahmen. In Dia-Serien, Prospekten, Wald-Quiz, Exkursionen und Demonstrations-Aufforstungen konnte den jungen Menschen die Bedeutung des Walds vorgeführt werden.

Informationswesen

Die „Rathaus-Korrespondenz“ (rk) gab 1978 über das Fernschreibnetz der Austria Presse Agentur (APA) insgesamt mehr als 4.000 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der „Rathaus-Korrespondenz“ umfaßte 3.275 Blatt, die Auflage betrug 850 Stück. Das Nachrichtenmaterial gliedert sich in Meldungen aus dem kommunalen Bereich, in Lokalmeldungen sowie in Meldungen aus Kultur, Wirtschaft und Sport und wird an sämtliche Tageszeitungen, Hörfunk und Fernsehen sowie an Wochen- und Monatszeitungen und verschiedene andere Institutionen und Personen ausgesendet. Für die täglichen aktuellen Lokalmeldungen ist die Stammredaktion der „Rathaus-Korrespondenz“ zuständig, deren diensthabender Redakteur werktags jeweils in der Zeit von 7.30 bis 19.30 Uhr zu erreichen ist. Am Samstag und Sonntag macht gleichfalls ein Redakteur Dienst; in der übrigen Zeit werden Anrufe auf Tonband aufgenommen, so daß die „rk“ praktisch Tag und Nacht erreichbar ist. Das übrige Nachrichtenmaterial aus allen Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird von den Pressereferenten des Bürgermeisters und von denen der amtsführenden Stadträte erarbeitet. Die Pressereferenten sind auch für die Vorbereitung und Organisation von Pressekonferenzen und Presseführungen zuständig. Insgesamt wurden im Jahr 1978 80 Pressekonferenzen, die meisten davon im Konferenzsaal der Abteilung, abgehalten. Für diesen Zweck wurden Presseinformationen hergestellt, fallweise auch Photos, Zeichnungen und Pläne sowie andere Presseunterlagen. Jeden Mittwoch mittag nach der Sitzung des Stadtsenats hält auch Bürgermeister Leopold Gratz sein Pressegespräch in dem betreffenden Konferenzsaal ab. Für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen am 8. Oktober wurde von der Abteilung im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses ein Pressezentrum eingerichtet, das von zahlreichen in- und ausländischen Journalisten frequentiert wurde. Das Fernsehen berichtete direkt aus diesem Pressezentrum. In dieser Nacht wurden ferner laufend die neuesten Wahlergebnisse über das Fernschreibnetz der „rk“ ausgesendet. Für die täglich zweimal, um 7.07 Uhr und um 11.44 Uhr, im Regionalprogramm des Österreichischen Rundfunks ausgestrahlte aktuelle Information unter dem Titel „Stadtinformation Wien — Guten Tag“ werden Texte von Redakteuren der „Rathaus-Korrespondenz“ zusammengestellt. Zu der Arbeit der Pressereferenten gehört überdies das Verfassen von Artikeln und Reden sowie die Mitarbeit an den im Informationsbereich der Abteilung veröffentlichten Publikationen, Flugblättern, Insertionen und dergleichen. Eine wöchentliche Zusammenfassung der Meldungen der „rk“ wird ebenfalls von den Redakteuren erarbeitet. Diese Wochenübersicht „rk-intern“ wurde in einer Auflage von jeweils 1.500 Exemplaren gedruckt. Zum Bezieherkreis zählen vor allem leitende Beamte der Stadt Wien, städtische Funktionäre, aber auch andere interessierte Stellen im In- und Ausland.

Die Betreuung der Auslandspresse kam 109 Journalisten zugute, die das Referat besuchten und mit ausführlichen Auskünften und Informationsmaterial versorgt wurden. Gegebenenfalls wurde für diesen Personenkreis auch eine Rundfahrt „Modernes Wien“ nach den jeweiligen Wünschen zusammengestellt oder die Besucher zu Besichtigungen oder Interviews begleitet. Außerdem wurden 23 Gruppen mit maximal 45 Personen betreut. 18 Radio- und TV-Gruppen drehten Beiträge über kommunale Probleme und wurden sowohl bei der Erstellung der Drehbücher als auch bei der Durchführung ihrer Arbeit unterstützt. In vielen Fällen mußten die betreffenden Unterlagen in die jeweilige Fremdsprache übersetzt werden. 308 Anfragen von in Wien akkreditierten Journalisten und von den die Stadt Wien besuchenden Redakteuren mußten schriftlich beantwortet werden. Die Besucher kamen aus allen Staaten Europas, aus den USA, Kanada, Argentinien, Mexiko, Venezuela, Brasilien, Bolivien, Ecuador, Neuseeland, Indien, Pakistan, Australien und China. Im Vergleich zu den früheren Jahren vermehrte sich die Zahl der aus Südamerika anreisenden Journalisten, zum ersten Mal kamen auch Besucher aus der Sowjetunion und aus China. Das Interesse konzentrierte sich hauptsächlich auf die Themen Altstadterhaltung, Fußgängerzonen, U-Bahn, soziale Dienste und Freizeitangebote. Es zeigte sich, was erstmals schon 1977 zu beobachten war, daß der Hauptziehungspunkt die UNO-City war.

Die Zeitschrift „w i e n a k t u e l l“, das offizielle Organ der Stadt Wien, erscheint seit 1975 zehnmal jährlich mit einer Auflage von 50.000 Stück und einem durchschnittlichen Umfang von 72 Seiten. Im Jahr 1978 erschienen insgesamt zehn Hefte, und zwar die Hefte 1/2 bis 7 in einer Auflage von rund 52.000 Stück, die Hefte 8/9 bis 12 mit einer von 58.000 Stück. Die Auflage wurde deshalb erhöht, weil „wien aktuell“ seit August 1978 eine englischsprachige Zusammenfassung des gesamten Inhalts sowie eine komplette Übersetzung der

jeweiligen Titelstory enthält. Mit dieser Beilage wurde gleichfalls das seit September von der Abteilung herausgegebene englischsprachige Mitteilungsblatt des Klubs „Wien International“ den in Wien lebenden Ausländern, Botschaftspersonal, Mitgliedern ausländischer Organisationen, wie Vereinte Nationen usw., zugesendet. Die Hauptthemen der zehn „wien aktuell“-Hefte des Jahrgangs 1978 waren: Der U-Bahn-Bau in Wien (Heft 1/2); drei Jahrestage, die 1978 begangen wurden, nämlich der 130. Jahrestag der Revolution 1848, der 60. Jahrestag der Gründung der Republik und der 40. Jahrestag der Okkupation Österreichs (Heft 3); Probleme der Wiener Wirtschaft (Heft 4); Kinder in der Großstadt, als Vorbereitung auf das „Jahr des Kindes“ 1979 (Heft 5); das Gesundheitswesen in Wien mit dem Schwerpunkt Krankenhäuser (Heft 6); die Wiener Stadtverfassung anlässlich der jüngsten Novellierung (Heft 7); Stadtplanung und Wohnungsbau in Wien (Heft 8/9); Arbeitswelt, im Mittelpunkt die Wiener Gemeindebediensteten (Heft 10); die Theaterstadt Wien (Heft 11); Kirchen und Religionen in Wien (Heft 12).

Vom Amtsblatt der Stadt Wien sind im Jahr 1978 insgesamt 52 Nummern in einer Auflage von jeweils 10.000 Stück mit zusammen 2.024 Seiten erschienen, weiters 42 Sonderdrucke.

Vom Landesgesetzblatt für Wien sind 32 Stück mit 146 Seiten herausgegeben worden. Der Amtliche Wohnungstausch-Anzeiger ist achtmal erschienen und brachte auf 164 Seiten Tauschangebote.

Die Dokumentation umfaßt die tägliche Herstellung des „Pressespiegels“, in dem vor allem die auf die Stadtverwaltung bezugnehmenden Artikel in den Wiener Tageszeitungen sowie in „profil“, „Wochenpresse“, „Furche“ und „NFZ“ unter Berücksichtigung der Auswertung der „rk“ festgehalten werden. Der „Pressespiegel“ wird durch Kurzfassungen kommunalpolitisch relevanter ORF-Sendungen ergänzt. Die ORF-Sendungen werden mit Hilfe eines vorprogrammierten Tonbandgeräts oder mittels Videorecorder aufgezeichnet und im Bedarfsfall einige Zeit gespeichert. Im Anhang des „Pressespiegels“ werden auch die Bundesländerzeitungen des Vortages berücksichtigt. Der „Pressespiegel“ dient außerdem der Redaktion der Abteilung als wichtige Informationsquelle.

Im Handarchiv werden Zeitungsausschnitte und die „rk“ sowie andere Publikationen nach Stichwörtern abgelegt. Die Arbeit wird von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchivs durchgeführt.

Folgende Veranstaltungen wurden durchgeführt: U-Bahn-Eröffnung des Abschnittes U 1 Karlsplatz—Reumannplatz am 25. Februar, Eröffnung der U-Bahn-Station Stephansplatz am 18. November, „Willkommen in der Innenstadt“, 100 Jahre Tramway, Fußgängerzone Stephansplatz am 24. Juni und Eröffnung der Südost-Tangente am 7. Mai.

Anlässlich des „Tages der offenen Tür“ wurde die Sendung „Autofahrer unterwegs“ aus dem Festsaal des Wiener Rathauses übertragen. An dieser Veranstaltung, die im Jahr 1978 am 23. September stattfand, nahmen insgesamt rund 161.000 Besucher teil. Bedingt durch das Schlechtwetter kamen weniger Wienerinnen und Wiener; das Rathaus besuchten 93.000 Personen (1977: 137.200).

Der Christkindlmarkt fand wieder auf dem Rathausplatz statt. Gemeinsam mit dem Stadtschulrat für Wien wurde, wie in den vergangenen Jahren, eine Bemalung der Rückseiten der Stände organisiert. Rund 1.000 Kinder haben großflächige Zeichnungen angefertigt, wobei die am besten gelungenen Zeichnungen prämiert wurden.

Im Jahre 1978 wurden folgende Publikationen herausgegeben: Die Stadt Wien hilft (7. Auflage); Pensionistenheim Rosenberg; Wien kurz gefaßt (8. Auflage); Drei neue Bezirkshallenbäder; Hernalser Badezentrum; Wohnhausanlage Rennbahnweg; Wiener U-Bahn 1978; Wiener U-Bahn — „Linie U 2“ und Wiener U-Bahn — „Linie U 1“; ferner Wiener Seniorenbericht 1978; Gesundheitsplan für Wien; Bezirksbroschüren für die Bezirke 1 bis 23; Wie verbessere ich meine Altbauwohnung?; Wien in Zahlen; Ratgeber für Wirtschaftstreibende, dazu kommen Wien lädt ein ... Rundfahrten „Modernes Wien“; St. Marx; Wien — eine Chance für die Frau; Möchten Sie hier Urlaub machen? (Donauinsel); Kommunalen Wohnbau in Wien (Katalog Teil 2); Eine glückliche junge Frau (Nachdruck); Wiener Stadtverfassung; Wiener Gemeindevahlordnung und Tag der offenen Tür. Als Sonderdruck von „wien aktuell“ erschienen 1978 sechs Postwurfsendungen, und zwar: Wien — unsere Stadt („wien aktuell“ 3 a und 5 a), Erholung und Freizeit („wien aktuell“ 6 a), ferner Die Gemeinderatswahl („wien aktuell“ 9 a), Die Volksabstimmung 5. November („wien aktuell“ 10 a) und Freizeit und Erholung in Wien („wien aktuell“ 12 a).

Als Flugblätter wurden verteilt: Wien — eine Chance für die Frau; Besichtigung der Südost-Tangente; Straßenreinigung in der Großfeldsiedlung und in Meidling; Der Hausinspektor informiert — Frühling in Wien; Wohin mit Gerümpel, Altreifen und Autowracks?; Wien im Blumenschmuck; Wie gefällt Ihnen die U-Bahn?; U-Bahn-Eröffnung: Einladungsflugblatt (25. Februar). Schließlich: Stadterneuerung in Mariahilf; 55 Jahre Gemeindevohnung; Altglas ist wertvoll; Willkommen in der Innenstadt; Tag der offenen Tür im Ausbildungszentrum für Sozialberufe; ein Einladungsflugblatt zur U-Bahn-Eröffnung am 18. November und zum Bau der Floridsdorfer Brücke.

Dazu kamen weiters die Plakate: „55 Jahre Gemeindevohnung — Sozialer Aufstieg durch kommunalen Wohnbau“, „Tag der offenen Tür 1978“ in Großformat, „Tag der offenen Tür 1978“ in Kleinformat, „Kommuna-

ler Wohnbau in Wien“ für Frankfurt und Berlin, „Eine Chance für die Frau“, ein Kinderplakat in Schwarzweiß und ein Kinderplakat in Farbe.

Folgende Ausstellungen wurden durchgeführt: als mobile Würfelausstellung eine U-Bahn-Ausstellung in der Fußgängerzone Kärntner Straße, eine in der Fußgängerzone Favoritenstraße und eine in der Wiedner Hauptstraße, weitere U-Bahn-Ausstellungen auf dem Karlsplatz und im Donauzentrum; in der Volkshalle wurde „Fußball-Weltmeisterschaft 1978“ gezeigt, vom 5. bis 24. Mai „Wien — eine Chance für die Frau“. Daran schloß vom 24. August bis 15. Oktober „Kommunaler Wohnbau in Wien“. Diese Ausstellung fand in Frankfurt vom 7. bis 27. Februar statt, in Berlin vom 17. März bis 30. April. „Leopoldstadt: Gestern — Heute — Morgen“ konnte im Haus der Begegnung vom 8. bis 15. April gezeigt werden, überdies „Der 15. Bezirk“. Auf der Welsler Messe erfolgte am 4. September die Wien-Präsentation „Tag des Landes Wien“.

Als Kleinausstellungen in der Schmidhalle des Rathauses wurden veranstaltet: „Aquarien“, „U-Bahn“, „1848 — 1978“, „Kinder“, „Konsumentenschutz“, ferner „Ferienspiel — Ferienclub“, „Freizeitparadies Neue Donau“, „Gesundheit und Soziales“, „Wiener Städtische Büchereien“ und schließlich „Uhren“. Während der Frühjahrmesse wurde „Sicherheit in Wien“ gezeigt, in der Zeit der Herbstmesse das Suchspiel „Kennen Sie Wien?“ im Diaskop durchgeführt.

Als Tonbildschauen wurden „Kommunaler Wohnbau in Wien“, „Wien '78 — Bilanz der letzten 5 Jahre“ und „Leopoldstadt“ gebracht. Weiters konnten 14 MAZ-Produktionen und Überspielungen hergestellt werden.

An den Rundfahrten „Modernes Wien“ haben 124.385 Personen teilgenommen, davon 1.737 Personen an der Rundfahrt mit dem Donaubus. Die U-Bahn-Baustellen Schwedenplatz und Praterstern wurden von 2.874 Personen besucht. Mit dem Kinderbus fuhren 776 Kinder.

Die Wandzeitung der Stadt Wien ist mit 9 Ausgaben, alle im Vierfarbdruck, erschienen.

Im Jahre 1978 wurden 247 Inserate und PR-Artikel verfaßt. Die PR-B befaßten sich mit den Themen Soziales, Kommunales, Gesundheit und Wirtschaft. Die Schwerpunkte bei den Inseraten waren die Werbung für „wien aktuell“, für die Stadtinformation, den Bürgerservice sowie für den Tag der offenen Tür. Weitere Themen waren unter anderem Rundfahrten „Modernes Wien“, Ferienspiel, Info-Center und „Musikalischer Sommer“. Die Veröffentlichungen erfolgten in Tages-, Wochen-, Bezirks-, Monats- und Fachzeitungen.

In den Wiener Tageszeitungen wurden auch 1978 wieder gezielte Einzelinserate für die Personalwerbung eingeschaltet, insbesondere für Juristen, Diplomingenieure, Diplomkrankenschwestern sowie für Facharbeiter der verschiedensten Berufssparten und Hilfskräfte, einschließlich der Wiener Stadtwerke.

Bei der Stadtinformation konnten 34.920 persönliche Vorsprachen registriert werden. An telephonischen Anrufen wurden während der Dienstzeit 85.050, außerhalb der Dienstzeit auf dem automatischen Anrufbeantworter 18.706 verzeichnet. Dazu kamen noch 2.117 schriftliche Anfragen.

Vom Bürgerservice wurde die Montage von weiteren Informationstafeln in Bezirksämtern, in anderen städtischen Dienststellen, die Parteienverkehr haben, und in verschiedenen Privathäusern veranlaßt. Für diese Bürgerservice-Wandtafeln wurden Wandzeitungen mit folgenden Hauptthemen hergestellt: „U-Bahn“, „Kinderfreundliche Stadt und Mobiles Bürgerservice“, „Tips für Senioren“, „Festwochen, Kultur“, dazu kamen „Ferienaktionen, Urlaub für Daheimgebliebene“, „Sommerbäder, Wildbadeplätze“, „Schulbeginn“, ferner „So wählen Sie richtig“, „Einkaufen in Wien“, „Jugendzentren“ und „Weihnachtsferien“. Das Informationsangebot wurde in den stummen Informationsdienern in den Bezirksämtern durch Mitteilungen des Landesarbeitsamtes, der Pensionsversicherungen, des Landesjugendreferates, der Sportorganisationen, der Arbeiterkammer und des Bundes erweitert. Warteräume und Wartebereiche in Dienststellen mit Parteienverkehr wurden mit Bildern, Zeitschriften, Wandzeitungen, Broschüren und Prospekten ausgestattet. In den U-Bahn-Stationen erfolgte Musikberieselung in Verbindung mit Information über städtische Einrichtungen. Für die Kinderspielecken in den Warteräumen der städtischen Dienststellen wurden Spielzeug und Spielgeräte angeschafft. Weiters wurden zwei Tonbildschauen über die Lobau hergestellt sowie verschiedene Bürgerservice-Selbstkleber.

Die Flugblätter, die verteilt wurden, betrafen Verkehrsinformationen, wie „Verkehrsaufnahme auf der Südost-Tangente“, „Philadelphiabrücke“, „Bauarbeiten für die U 1 im 2. Bezirk“, „Neue Einbahnen im 10. Bezirk“, Verkehrsinformation im 10. Bezirk, „Neue Einbahnen in der Innenstadt“ und „Verkehrsarme Zone Mariahilfer Straße“. Die anderen Themen betrafen „Flächenwidmungsplan Hetzendorf“, „Autobuslinie 10 A“, „Sicherer Gehsteig auch im Winter“ für die Bezirke 1 bis 23, ferner „Mobiles Bürgerservice“, „Pensionistenausweis hilft sparen“ und „Notruf für Soziales“. Dazu kamen „Volksabstimmung 5. November“, „Weihnachtseinkauf ohne Ärger“, „Handbuch für Wiener“, „Heizen ohne Gefahr“ und „Jugendzentren“. Außerdem wurden für zehn Gebiete Flugzettel auf Grund von Flächenwidmungsänderungen hergestellt.

Als Broschüren wurden „Sicherheit im Alltag“ und das Bürgerservice-Handbuch herausgegeben. Schließlich wurde noch ein Plakat für den 12. Bezirk, „Der Bezirksvorsteher lädt ein“ gedruckt.

Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens

Die bei der Magistratsabteilung 58 eingerichtete Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat 497 Betriebskontrollen in 429 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt. 218 betrafen Gartenbaubetriebe, 163 Weinbaubetriebe, 71 bäuerliche und 45 sonstige landwirtschaftliche Betriebe. Bei der Kontrolltätigkeit wurden insgesamt 147 Beanstandungen vorgenommen und zur Abstellung der festgestellten Mängel sowie zur Sicherung von Gefahrenstellen 89 Aufträge an die Betriebsinhaber erteilt. Zur Wahrnehmung der Belange des Dienstnehmerschutzes haben die Organe der Land- und Forstwirtschaftsinspektion an 109 baubehördlichen Genehmigungsverfahren teilgenommen. In zwölf Fällen wurden zu einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen gutachtliche Stellungnahmen abgegeben.

Auf dem Gebiet der land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildung hat die Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Genehmigungsverfahren zur Anerkennung als Lehrbetrieb oder als Lehrherr an zehn kommissionellen Betriebsbesichtigungen teilgenommen. Im Rahmen der Betriebskontrollen wurden auch 62 anerkannte Lehrbetriebe überprüft. Zum Zeitpunkt der Kontrollen waren in diesen Betrieben 83 Lehrlinge beschäftigt.

Auf Grund der Novelle zum land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetz vom 2. Februar 1977, BGBl. Nr. 114/1977, ergab sich die Notwendigkeit, die Wiener land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung, LGBl. für Wien Nr. 12/1958, in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. für Wien Nr. 27/1967, abzuändern; ein entsprechendes Landesausführungsgesetz wurde am 27. Februar 1978 im Wiener Landtag beschlossen und im LGBl. für Wien Nr. 15/1978 kundgemacht. Im Hinblick darauf, daß der Bund mit Gesetz vom 30. Juni 1978, BGBl. Nr. 342/1978, das Landarbeitsgesetz novelliert hat, wurde der Entwurf eines entsprechenden Landesausführungsgesetzes ausgearbeitet und zur Begutachtung ausgesandt. Diese Novelle zur Wiener Landarbeitsordnung beinhaltet Verbesserungen im Bereich des Mutterschutzes.

Auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft wurde zum Schutz landwirtschaftlicher Kulturen vor Schädlingsbefall auf Grund des Wiener Kulturpflanzenschutzgesetzes die Bekämpfung des Kartoffelkäfers, Kundmachung des Magistrats der Stadt Wien vom 19. Mai 1978, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 25/1978, und die Durchführung der Winterspritzung der Obstgehölze, Kundmachung des Magistrats der Stadt Wien vom 5. Oktober 1978, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 47/1978, angeordnet.

Im Jahre 1978 wurden im Rahmen der landwirtschaftlichen Fachbegutachtung 80 gutachtliche Stellungnahmen abgegeben. Diese bezogen sich in 45 Fällen auf die Zulässigkeit von Bauführungen im Schutzgebiet „Wald- und Wiesengürtel“ und „Grünland — ländliches Gebiet“. Hinsichtlich der Genehmigung oder Versagung von beantragten Grundabteilungen in solchen Gebieten wurden zwölf Gutachten erstellt. 16 Stellungnahmen bezogen sich auf Gesetzes- und Verordnungsentwürfe, die Angelegenheiten der Agrarstruktur, die Agrarstatistik und das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungswesen betrafen. Zu Verfahren nach dem Wiener Naturschutzgesetz wurden vier Stellungnahmen abgegeben. Weiters waren auf Ersuchen der Magistratsabteilung 69 in Fällen von Neuverpachtungen oder Umschreibungen von Pachtrechten an landwirtschaftlich genutzten städtischen Liegenschaften nach den in jedem Einzelfall gepflogenen Ermittlungen zwölf Stellungnahmen über die Höhe des angemessenen Pachtzinses abzugeben. Auf Grund der im Forstgesetz 1975 ausgesprochenen Ermächtigungen zur Erlassung von Ausführungsbestimmungen im Sinne des Artikels 10 Abs. 2 B-VG durch den Landesgesetzgeber wurde der Entwurf eines Gesetzes betreffend Fragen der Waldteilung, Errichtung von Windschutzanlagen und Räumung von Wildbächen dem Landtag vorgelegt und von diesem am 12. Dezember 1978 beschlossen.

Bei der Agrarbehörde erste Instanz waren 49 Anträge anhängig, die die Anerkennung von Grunderwerbsvorgängen als landwirtschaftliche Siedlungsmaßnahmen nach dem Wiener landwirtschaftlichen Siedlungsgesetz betrafen. Im Zuge dieser Verfahren wurden nach Durchführung von 61 Erhebungen 54 gutachtliche Stellungnahmen abgegeben.

In Vollziehung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes wurden die Agenden der Aufsichtsbehörde wahrgenommen und Vertreter zu den Sitzungen von Organen der Wiener Landwirtschaftskammer entsendet. Für die am 5. März 1978 abgehaltene Wahl der Mitglieder der Vollversammlung der Wiener Landwirtschaftskammer waren die Bürogeschäfte der Landeswahlbehörde zu führen und auch ein großer Teil der Vorbereitungsarbeiten zu erledigen. Dabei mußten innerhalb kurzer Zeit 420 Eintragungs- und 20 Streichungsbegehren im Zuge des Reklamationsverfahrens bearbeitet und erledigt werden.

Im Veterinärwesen wurden wie alljährlich in Vollziehung des Tierseuchengesetzes die monatlichen Werttarife für Schlachtschweine, die vierteljährlichen für Nuttschweine und die halbjährlichen für Geflügel ausgearbeitet. Weitere Entwürfe von Abänderungen der Kundmachung des Magistrats der Stadt Wien über die Entgelte für Dienstleistungen des städtischen Markthelferpersonals auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx und dem Wiener Kontumazmarkt (Markthelfertarif), Entwürfe der Verordnung des Landeshauptmanns über tierärztliche Untersuchungsgebühren sowie des Entgelttarifs für die Benützung der städtischen Viehmarkt-

Schlachthofeinrichtungen wurden ausgearbeitet und zur Begutachtung ausgesandt. Auf dem Gebiet der Entgelte für die Benützung der Anlagen in St. Marx, einschließlich der Markthelfertarife, sollen durch eine Verbesserung der Rabattbestimmungen zusätzliche Anreize für eine intensivere Benützung geschaffen werden. Schließlich waren anlässlich der Wahl der Vorstandsmitglieder der Landeskammer der Tierärzte Wiens die Bürogeschäfte der Landeswahlkommission zu führen und einige Vorbereitungsarbeiten zu leisten.

Hinsichtlich des **T i e r s c h u t z e s** wurden, ausgehend von Anregungen aus dem Kreis von Tierschützern, die Arbeiten an einer Durchführungsverordnung zum Wiener Tierschutzgesetz, betreffend die Käfighaltung von Hühnern, aufgenommen.

Auf dem Gebiet des **B a u m s c h u t z e s** kam es im Rahmen der Vollziehung des Wiener Baumschutzgesetzes, LGBl. für Wien Nr. 27/1974, zur Erledigung allgemeiner und grundsätzlicher Angelegenheiten, zur Bearbeitung von Berufungen und zur Vorlage von Erledigungsentwürfen beim Wiener Stadtsenat. Im Jahr 1978 waren neun derartige Verfahren anhängig.

Wien besitzt derzeit 37 Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete mit einer Gesamtfläche von 19.946 ha. Die Jagd ruht auf einer Fläche von 2.839 ha (Friedhöfe, öffentliche Parkanlagen).

In Wien bestanden 1978 34 Fischereireviere mit einer Gesamtfläche von 2.141,6 ha.

In **W a s s e r r e c h t s a n g e l e g e n h e i t e n** waren 1.785 Geschäftsstücke zu behandeln. Davon betrafen 44 Ansuchen Einleitungen in oberflächige Gewässer, 89 Versickerungen, 319 Grundwasserentnahmen, 89 Anlagen im Hochwasserabflußbereich oder Brücken und dergleichen und 175 Beanstandungen, Stellungnahmen grundsätzlicher Art, Ölunfälle und dergleichen.

Im Wasserbuch wurden 49 Neueintragungen und 33 Löschungen vorgenommen. 13 Wasserbuchänderungsbescheide wurden erlassen und 46 Wasserbuchbescheidentwürfe (vorläufige Eintragungen) ausgearbeitet. Am 31. Dezember 1978 betrug der Stand an aufrechten Wasserbucheintragungen 1.899, an Lagerbucheintragungen 1.079.

Im Verzeichnis der Anlagen zur Lagerung oder Leitung wassergefährdender Stoffe oder zur Gewinnung von Sand und Kies wurden gemäß § 31 a Wasserrechtsgesetz 1959 928 Bewilligungen eingetragen; der Stand betrug am 31. Dezember 1978 insgesamt 11.741 aufrechte Bewilligungen.

Im Bereich des **S c h i f f f a h r t s w e s e n s** wurden 2.840 Geschäftsstücke behandelt. Davon bezogen sich unter anderem 114 auf Ansuchen für Schifffahrtsanlagen und Wassersportveranstaltungen, 630 auf die Ausstellung oder Änderung von Schiffspatenten, 40 auf die Ausstellung oder Verlängerung von Fahrttüchtigkeitszeugnissen und 1.564 auf die Zuweisung oder Zurücklegung von Kennzeichen. 492 Geschäftsstücke betrafen Schiffsführerprüfungen sowie die Ausstellung beziehungsweise Änderung von Schiffsführerpatenten. Zur Schiffsführerprüfung wurden 416 Bewerber zugelassen, wovon 73 eine Erweiterung ihrer Berechtigung anstrebten. Bei zwölf abgehaltenen Prüfungen wurden 360 Kandidaten geprüft, wovon 320 die Prüfung bestanden. Ende 1978 hatten 7.612 Motorboote ihren Standort in Wien, davon standen 149 Boote im öffentlichen Dienst.

In wasser- und schifffahrtsrechtlichen Angelegenheiten wurden insgesamt 234 mündliche Verhandlungen und Amtsbesprechungen abgehalten. Weiters war in einer Reihe von Fällen die Stadt Wien in Wasserrechtsangelegenheiten zu vertreten, die Magistratsabteilungen 29, 31 und 52 konnten beraten werden. Die wichtigsten Projekte waren die III. Wiener Wasserleitung, der „Verbesserte Hochwasserschutz für Wien“ und die Schwechatregulierung. Die bereits 1977 gestartete Aktion zur Überprüfung von Abwasserbeseitigungsanlagen und der Wasserqualität von Trinkwasserbrunnen wurde weitergeführt.

Im Jahre 1978 fielen insgesamt 5.734 Geschäftsstücke an. Davon betrafen 5.505 allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, 49 Agenden der Agrarbehörde und 9 Baumschutzangelegenheiten; 110 waren Berufungen in Verwaltungsstrafsachen, 61 betrafen Unfallmeldungen.

Bevölkerungswesen

Die Tätigkeit der Magistratsabteilung für Bevölkerungswesen umfaßt die Vollziehung von vorwiegend bündengesetzlichen Vorschriften auf dem Gebiet des Personenstands- und des Staatsbürgerschaftswesens.

Die neun Wiener **S t a n d e s ä m t e r** beurkundeten 50.439 Personenstandsfälle (+ 1,9 Prozent gegenüber 1977), davon 9.043 Eheschließungen (+ 3), 15.220 Geburten (+ 1,6) und 26.176 Sterbefälle (+ 1,7). Zum ersten Mal seit mehreren Jahren ist die Anzahl der Eheschließungen und Geburten entgegen dem gesamtösterreichischen Trend wiederum im Steigen begriffen, wenn auch nicht in erheblichem Ausmaß. 121 Brautpaare, das waren 1,3 Prozent aller Eheschließungen, machten bei ihrer Eheschließung von der Möglichkeit Gebrauch, den Familiennamen der Frau als künftigen gemeinsamen Familiennamen zu bestimmen.

Die Standesämter stellten 1.082 Ehefähigkeitszeugnisse (+ 1,3) für österreichische Staatsbürger aus, die im Ausland eine Ehe eingehen wollten. 163 Anträge auf Bewilligung zur Änderung des Familiennamens (+ 13,2) wurden erledigt, 155 davon positiv.

Die Eintragungen in den von den Standesämtern verwahrten Personenstandsbüchern (Familien-, Geburten- und Sterbebücher) und in den in der Zentrale verwahrten zugehörigen Zweitbüchern wurden durch 13.751 sogenannte Randvermerke (+65,9) und durch 3.353 Matrikenberichtigungen und andere Eintragungen fortgeführt beziehungsweise richtiggestellt. Überdies wurden 36.850 Hinweise auf Eintragungen in anderen Personenstandsbüchern (+109,7) in die entsprechenden Rubriken eingetragen. Seit Beginn des Jahres 1978 werden übrigens die laufenden Indizes zu den Personenstandsbüchern von der automatischen Datenverarbeitung erstellt, so daß sich das Anlegen der Indexkarteien, das sehr zeitraubend ist, erübrigt.

Am 4. September 1978 übersiedelte das Standesamt Wien-Penzing von 14, Penzinger Straße 59, nach 13, Hietzinger Kai 1-3, und trägt seither die neue amtliche Bezeichnung „Standesamt Wien-Hietzing“. Die in einem Anbau zum Amtshaus Hietzing untergebrachten neuen Amtsräume werden in jeder Hinsicht den gehobenen Anforderungen gerecht, die an eine moderne und bürgernahe Dienstleistungsverwaltung gestellt werden können.

Auf dem Gebiet des Personenstandswesens nehmen die Fälle mit Auslandsberührung immer mehr zu, so daß die Abteilung ständig mit Fragen des internationalen Privatrechtes, insbesondere der Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Personen- und Familienrechtssachen befaßt ist. In diesem Zusammenhang ist das Haager Übereinkommen über die behördliche Zuständigkeit, das anzuwendende Recht und die Anerkennung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Annahme an Kindes Statt vom 15. November 1965, BGBl. Nr. 581/1978, zu erwähnen. Es ist am 23. Oktober 1978 in Kraft getreten und wurde bisher von Österreich, von der Schweiz und von Großbritannien ratifiziert. Dieses Übereinkommen regelt ausführlich die Behördenzuständigkeit für die Entscheidung in Adoptionsangelegenheiten und die Anwendung des jeweiligen innerstaatlichen Adoptionsrechtes.

Bezüglich des am 1. Jänner 1978 in Kraft getretenen Bundesgesetzes vom 30. Juni 1977, BGBl. Nr. 403/1977, über die Neuordnung des Kindschaftsrechtes wurde bereits 1977 berichtet.

Die Magistratsabteilung für Bevölkerungswesen nahm an den Vorarbeiten zum Ministerialentwurf eines neuen Personenstandsgesetzes teil und hatte Gelegenheit, auch ihre Erfahrungen aus der langjährigen Praxis mit der Personenstandsverzeichnung in diversen Stellungnahmen einfließen zu lassen. Im Dezember 1978 nahmen Vertreter der Abteilung an einer vom Bundesministerium für Inneres veranstalteten Arbeitstagung teil, bei welcher der Vorentwurf zur Diskussion gestellt wurde und weitgehende Übereinstimmung über eine Reihe von Fragen betreffend die Fassung des endgültigen, der Begutachtung zuzuführenden Gesetzesentwurfs erzielt werden konnte.

1.065 fremden Staatsangehörigen (+9,3), die sich, von Ausnahmefällen abgesehen, in Wien niedergelassen und ins Berufsleben eingegliedert haben, wurde auf Ansuchen die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen. Darunter befanden sich 15 Personen (+25), bei denen die Bundesregierung bestätigt hatte, daß die Einbürgerung wegen erbrachter außerordentlicher Leistungen im Interesse der Republik Österreich gelegen war. Diese Staatsbürgerschaftsverleihungen wurden auf 139 Ehefrauen (-5,4) und 334 Kinder (-13,9) erstreckt.

Zwei Kinder von Hochschulprofessoren, die die Staatsbürgerschaft durch Dienstantritt erwarben, erlangten durch Erklärung die österreichische Staatsbürgerschaft. Neun ehemalige österreichische Staatsbürger, die Österreich seinerzeit aus rassistischen oder politischen Gründen verlassen mußten und im Ausland eine fremde Staatsangehörigkeit angenommen hatten, erwarben die österreichische Staatsbürgerschaft durch Abgabe einer Anzeige über die Begründung eines Inlandswohnsitzes wieder. Einschließlich der ausländischen Ehefrauen von Österreichern erwarben insgesamt 2.275 Personen mit fremder Staatsangehörigkeit sowie Staatenlose (+4,1) die österreichische Staatsbürgerschaft auf Grund behördlicher Verfügung. Wie schon in den vorangegangenen Jahren, ist das Interesse der in Wien lebenden Ausländer am Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft sehr lebhaft und weiterhin steigend. Wie bisher stammte der weitaus größte Teil der Eingebürgerten aus den Nachbarstaaten Österreichs, vor allem aus der Bundesrepublik Deutschland und aus Jugoslawien.

14 Österreicherinnen wurde mit Bescheid die Beibehaltung der Staatsbürgerschaft für den Fall des Erwerbs einer fremden Staatsangehörigkeit bewilligt. Bei 18 Österreicherinnen, die eine weitere Staatsangehörigkeit besaßen und auf die österreichische Staatsbürgerschaft verzichtet hatten, wurde mit Bescheid der Verlust der Staatsbürgerschaft festgestellt.

486 Geschäftsstücke (-6,3), betreffend die Feststellung von Staatsbürgerschaftsverhältnissen, die Klärung schwieriger Rechtsfragen und anderes, wurden zum Teil in Form rechtskräftiger Bescheide erledigt.

Die Wiener Staatsbürgerschaftsevidenzstelle wurde von 50.573 Personen (+14,4) aufgesucht, für die 38.553 Staatsbürgerschaftsnachweise (+8,1), 311 Auszüge aus der Heimatrolle (+2,6) und 2.494 Staatsbürgerschaftsbescheinigungen zum Amtsgebrauch für verschiedene Ämter und Dienststellen (-20,1) ausgefertigt wurden oder denen verschiedene Auskünfte in Staatsbürgerschaftsangelegenheiten erteilt wurden. Für die Ausfertigung dieser Urkunden wurden 1.520.370 S Landesverwaltungsabgabe eingeföhben.

726 ausländische Ehefrauen von österreichischen Staatsbürgern (+19,4) erwarben die österreichische Staatsbürgerschaft durch Abgabe einer Erklärung und erhielten darüber eine Bescheinigung.

Zu Ende des Jahres 1978 bestand die Wiener Staatsbürgerschaftsevidenz aus rund 1,901.000 Karteiblättern; der Zuwachs betrug gegenüber 1977 rund 106.000 Karteiblätter. 85.772 Mitteilungen (+ 0,4) fremder Staatsbürgerschaftsevidenzstellen und anderer Behörden über die Ausfertigung von Staatsbürgerschaftsbescheinigungen und über staatsbürgerschaftsrechtlich relevante Vorgänge langten in der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle ein und wurden in die Kartei eingearbeitet; dazu kamen noch 2.588 Vormerkungen (- 13,6) auf Grund nicht gesondert protokollierter Akten. 7.095 Mitteilungen (- 2,9) über ausgefertigte Staatsbürgerschaftsnachweise wurden an verschiedene auswärtige Staatsbürgerschaftsevidenzstellen zur Fortführung der dort verwahrten Karteien abgefertigt.

Die bereits begonnene und in erster Linie zur Bereinigung von Fehllegungen durchgeführte allgemeine Überprüfung der Staatsbürgerschaftsevidenz wurde fortgesetzt und konnte Mitte Oktober abgeschlossen werden. Im Zuge dieser Arbeiten wurden 1,475.727 Karteiblätter durchgesehen, dabei 368.454 selten benötigte Karteiblätter ausgeschieden. Der Anteil der bereinigten Fehllegungen und Mehrfachlegungen an der Gesamtzahl der durchgesehenen Karteiblätter betrug rund 1 Prozent.

Die gleichfalls in Karteiform angelegte Wiener Heimatrolle umfaßt mehrere Millionen Katasterblätter und enthält unzählige Staatsbürgerschafts- und Heimatrechtsdaten, die trotz des Bestehens der Staatsbürgerschaftsevidenz nach wie vor von unschätzbarem Wert sind.

Zur Vereinheitlichung der Datenerfassung, die naturgemäß auch die Manipulation mit den Karteien erleichtert und beschleunigt, und nicht zuletzt auch aus Raumgründen, wurde nach Beendigung der eben beschriebenen Überprüfungsarbeiten mit der systematischen Übertragung der noch relevanten Daten der Heimatrolle in die Staatsbürgerschaftsevidenz begonnen. Bis Jahresende wurden 17.197 Katasterblätter der Heimatrolle durchgesehen, 11.009 Karteiblätter der Staatsbürgerschaftsevidenz neu angelegt und 2.604 Mitteilungen an fremde Staatsbürgerschaftsevidenzstellen abgefertigt.

Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten

Die auf Datenfernverarbeitung umgestellte Wählerevidenz funktionierte auch anlässlich der Durchführung der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen vom 8. Oktober 1978 sowie der Volksabstimmung vom 5. November 1978 in zufriedenstellender Weise, wobei dieses System erstmals auch bei der Ermittlung und Zusammenfassung der Bezirksergebnisse Anwendung fand. Bei der Gemeinderatswahl, die bereits auf Grund einer umfangreichen Novelle der Wiener Gemeindevahlordnung durchgeführt wurde, deren wesentliche Neuerungen in der Zusammenfassung kleinerer Bezirke zu jeweils einem Wahlkreis, in der Aufstockung der Anzahl der Bezirksvertretungsmandate und in der Herabsetzung des passiven Wahlalters auf 19 Jahre bestanden, erhielten die SPÖ 62, die ÖVP 35 und die FPÖ 3 Mandate. Von den bei den Bezirksvertretungswahlen vergebenen 852 Mandaten entfielen 483 auf die SPÖ, 318 auf die ÖVP, 46 auf die FPÖ und 5 auf die KPÖ. Die Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich (Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf) brachte in Wien das Resultat von 55,44 Prozent Ja- und 44,56 Prozent Nein-Stimmen.

In der Wählerevidenz mußten 1978 insgesamt 181.718 Transaktionen durchgeführt werden. So waren abteilungsexterne Eingaben, ausgenommen der Zuzug von 10.418 Personen aus den Bundesländern und von 968 aus dem Ausland, 66.219 Übersiedlungen innerhalb Wiens und 836 Abwanderungen in das Ausland zu verzeichnen; weiters 11.472 Wegzüge von Wien in die Bundesländer und 3.610 ohne Bekanntgabe des neuen Wohnsitzes; 3.619 Eintritte in ein Altersheim, 1.542 Fälle von Erwerb und 24 von Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft; 532 Wahlausschüsse mit, 2.604 ohne Verständigung, 24.266 Neuzugänge, 7.870 Sterbefälle, darunter 1.515 in einem Altersheim; weiters 25.362 allgemeine Änderungen der Personendaten, 1.483 Löschungen von Personen, 81 allgemeine Adressänderungen, 19.040 Protokollierungen bezogen auf Evidentmachung ADV-unwirksamer Belege sowie 1.772 sonstige Eintragungen. Zu diesen Daten kamen rund 140.850 erhärtende und ergänzende Eingaben aus anderen Eingabestellen des Gesamtnetzes, so daß sich ihre Zahl auf insgesamt 322.568 Vorgänge erhöhte. Diese Zahlen sind nur unter den besonderen Regeln und Bedingungen der Transaktionscodes zu verstehen, weshalb keine allgemeineren und lediglich aus der wörtlichen Bedeutung der Bezeichnungen ableitbaren Schlüsse gezogen werden können. Rund 75.000 eingegangene Belege führten zu überhaupt keinen Eingaben irgendwelcher Art. Das System wird trotz der laufenden Produktion stetig entwickelt. Das vor allem für Planungszwecke eingerichtete „Räumliche Bezugssystem Wien“ wird auch die Adreßdatenbank der Wählerevidenz beeinflussen.

Im Bereich der Vollziehung des Zivildienstgesetzes konnte eine Reihe neuer Einrichtungen als Träger des Zivildienstes anerkannt werden. Den Einrichtungen und ihren Rechtsträgern gelingt es größtenteils, Zivildienstleistende in ihre Organisation arbeitsmäßig zu integrieren. Das zeigt sich einerseits in einer steigenden Nachfrage nach Zivildienern, andererseits aber auch daran, daß einige Rechtsträger, wie das Rote Kreuz - Landesverband Wien, eine Erweiterung der ihnen bescheidmäßig zugesprochenen Kontingente an Zivildienern beantragten und auch bewilligt erhielten. Was die Verfahren nach dem Heeresgebührengesetz (Anträge auf Zuerkennung von Familienunterhalt und Mietzinsbeihilfe) betrifft, wurden im Interesse der Wehr- und Zivildienst-

pflichtigen anhängige Berufungsverfahren, soweit es der Stand der Ermittlungen zuließ, jeweils sofort erledigt. Einige Rechtsfragen, die immer wieder Anlaß zu Berufungen geben, wie die Frage der erforderlichen Beibehaltung der notwendigen Wohnung oder die, bis zu welcher Höhe die Kosten einer Wohnung zu ersetzen sind, werden erst durch die Novelle zum Heeresgebührengesetz vom 23. Februar 1979, BGBl. Nr. 105/1979, klar geregelt werden. In zahlreichen Fällen dürften sich Berufungsverfahren, die im Jahre 1978 auf die unklare Rechtslage zurückzuführen waren, in Hinkunft erübrigen.

Die legistische Begutachtungstätigkeit umfaßte wiederholt eine Reihe von Entwürfen zu Bundesgesetzen oder zu Novellen. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Novelle zur Gemeindevahlordnung zu nennen, aber auch die Mitwirkung an der Novellierung der Wiener Stadtverfassung und die Arbeiten an den ausführenden Landesgesetzen, dem Wiener Volksbefragungs- und dem Wiener Volksbegehrengesetz zu erwähnen.

Von den im Jahre 1978 anhängig gewordenen 569 Verwaltungsstrafsachen entfielen 43 Fälle auf Übertretungen nach dem Glücksspielgesetz, 19 auf Übertretungen des Schulpflichtgesetzes und 14 auf Übertretungen der Reinhaltekundmachung vom 10. Dezember 1975, Amtsblatt Nr. 52/1975, sowie 374 Fälle auf Artikel VIII EGVG 1950 (Anstandsverletzung und Lärmerregung). Die durch häufige Parallelverfahren wegen Ordnungsstörung und ungestümen Benehmens erforderliche Koordination mit der Sicherheitsdirektion hat sehr gut funktioniert. Neben der Bearbeitung dieser Fälle führten die Verwaltungsstrafbestimmungen des Arbeitsverfassungsgesetzes und des Ausländerbeschäftigungsgesetzes zu meist sehr arbeitsaufwendigen Berufungsverfahren.

In 346 Fällen wurden Anträge nach dem Ausländergrunderwerbsgesetz gestellt. Die Anzahl der genehmigten Ausspielungen (Glückshäfen und Juxausspielungen) ist gegenüber 1977 von 151 auf 147 zurückgegangen, das Gesamtspielkapital jedoch von 5,4 auf fast 5,7 Millionen Schilling gestiegen.

Administrative Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten

Die Änderung der Wiener Stadtverfassung (WStV), LGBl. für Wien Nr. 12/1978, bewirkte für die Magistratsabteilung 64, daß Berufungsentscheidungen im eigenen Wirkungsbereich, die bisher dem Wiener Stadtsenat zukamen, nunmehr für den Berufungssenat nach § 99 WStV vorzubereiten sind.

Auf dem Gebiet der legislatorischen Tätigkeit, wurde noch zu Ende des Jahres 1978, zur Abstellung von Mängeln, eine Magistratskundmachung betreffend die Sicherung der Gas- und Elektrizitätsversorgung auf Liegenschaften erstellt, die als Verordnung am 2. Jänner 1979 zur Zl. MA 64-2308/78 im Amtsblatt der Stadt Wien verlautbart wurde. Diese Kundmachung soll garantieren, daß Versorgungsinnenanlagen, wie Gas- und Stromleitungen von Gebäuden, für alle Wohn- und Betriebseinheiten in gutem Zustand erhalten werden und in der Folge keine längeren Unterbrechungen der Gas- oder Stromversorgung vorkommen. Dazu sind Strafsanktionen und Vollstreckungsmaßnahmen vorgesehen. Ebenfalls noch zu Ende des Jahres 1978 wurde ein Entwurf zur Novellierung des Wiener Gasgesetzes mit gleicher Zielsetzung hinsichtlich Instandhaltung der Gasleitungen erstellt.

Weiters wurde der Entwurf einer Novelle zum Wiener Ölfeuerungs-gesetz erarbeitet, um Handhaben zur Begrenzung des Schwefelgehaltes von Heizöl zu schaffen. Im Hinblick auf die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz federführend geleiteten Verhandlungen zur Erstellung einer Vereinbarung nach Artikel 15 a des Bundes-Verfassungsgesetzes betreffend den Schwefel in Heizöl, konnten die Arbeiten noch nicht zum Abschluß gebracht werden.

Auf Grund des Stadterneuerungsgesetzes, BGBl. Nr. 287/1974, wurde auf Antrag der Gemeinde mit Verordnung der Wiener Landesregierung vom 30. August 1978, LGBl. für Wien Nr. 31/1978, ein Bezirksteil von Ottakring zum Assanierungsgebiet erklärt. Diese Verordnung bildet die Voraussetzung für weitere Maßnahmen hinsichtlich Stadterneuerung in dem mit den Straßenzügen Ottakringer Straße — Eisnergasse — Thaliastraße — Schuhmeierplatz und Lambertgasse begrenzten Wohngebiet.

Das nach Vorarbeiten der Abteilung vom Wiener Landtag am 21. November 1977 beschlossene Wiener Katastrophenhilfegesetz wurde mit Zustimmung der Bundesregierung im LGBl. für Wien Nr. 8/1978 kundgemacht. Dieses Gesetz regelt im wesentlichen die der Gemeinde im Zusammenhang mit der Abwehr und Bekämpfung von Katastrophen zukommenden Aufgaben. Auf dieser gesetzlichen Grundlage sollen künftig alle weiteren Planungen und organisatorischen Vorkehrungen getroffen werden. Weiters gibt das Gesetz im Notfall die Handhabe, die erforderlichen Eingriffe in Privatrechte vorzunehmen, Sach- und Dienstleistungen aufzubieten sowie Unterkünfte anzufordern, wofür Entschädigungen vorgesehen sind.

Enteignungsanträge von privaten Abteilungswerbem, die zur Baureifgestaltung ihrer Liegenschaft Ergänzungsflächen benötigten oder Verkehrsflächen zum Zwecke der Abtretung ins öffentliche Gut zu erwerben

ben hatten, konnten in zwei Fällen zu einem Vergleich gebracht werden. Im Jahre 1978 überwog weiterhin die Zahl der Enteignungsanträge zum Ausbau von Bundesstraßen und Gemeindestraßen. Davon waren insbesondere folgende Straßenzüge betroffen: Ostautobahn A 4 in 11, Kaiser-Ebersdorf (3 Fälle), Donauufer-Autobahn A 22 in 21, Schwarzlückenau (3 Fälle), und Bundesstraße B 8 in 22, Wagramer Straße (2 Fälle), sowie Gemeindestraßen bei 3, verlängerte Erdbergstraße, in 21, beim Marco Polo-Platz, und in 22, bei Markomannenstraße, in 23, Breitenfurter Straße, und zwar 2 Fälle im Kreuzungsbereich Levasseurgasse, Erlaer Straße, Meisgeyergasse und Brunner Straße, in 23, Erlaer Straße (6 Fälle), in 23, Auer-Welsbach-Straße (2 Fälle), und in 23, Kaserngasse (4 Fälle). Weiters wurden mehrere Enteignungsverfahren zum Erwerb von Grundflächen für öffentliche Zwecke der Stadt Wien eingeleitet, so unter anderem um einen Schulbauplatz in 22, Markomannenstraße, zu arrondieren, um eine Parkanlage in 15, Avedikstraße, auszubauen, ferner zur Einbeziehung einer Ergänzungsfläche in einen Bauplatz für ein Pensionistenheim in 21, Haspingerplatz, und für ein Kindertagesheim in 23, Wiener Flur.

Von den Bauvorhaben des Bundes konnten im Jahre 1978 für folgende Objekte Baubewilligungen erteilt werden:

1, Singerstraße 17–19, Generalsanierung des Palais Rottal für die Akademie der Wissenschaften; Singerstraße 21–23, Neubau eines Bundesamtsgebäudes; 9, Nußdorfer Straße 90, Neubau eines Finanzamts; 14, Breitenfurter Straße 61 beziehungsweise 88, Umbauten in der Vega-Payer-Weyprecht-Kaserne beziehungsweise in der Biedermann-Huth-Raschke-Kaserne; 19, Hohe Warte, Zubau zum Amtswohnsitz des Bundespräsidenten; 22, Polgarstraße, Neubau eines Bundesschulzentrums; 23, Breitenfurter Straße 395, Neubau eines Postwahlamtes; 23, Dr. Neumann-Gasse 7, Umbau des Arbeitsamtes Liesing.

Benutzungsbewilligungen waren zu erteilen für das Post- und Ortsamt in 12, Hetzendorfer Straße 72–74, sowie für das Post- und Wählamt in 22, Donauzentrum.

Neben Anschlußbahnen im 11. und im 23. Bezirk waren mehrere Ansuchen der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) auf Erteilung eisenbahnrechtlicher Baugenehmigungen zu behandeln. Sie betrafen in 12, Bahnhof Hetzendorf, den Neubau des Aufnahmegebäudes, im 14. Bezirk die ÖBB-Autobuswerkstätte im Bahnhof Hütteldorf-Hacking und an der Westautobahn die Unterführung der Mauerbachstraße sowie die Errichtung zweier Fußgängerstege und schließlich im 23. Bezirk an der Südbahn die Unterführung der Endresstraße.

Zur Eröffnung der U-Bahn, Linie U 1, Karlsplatz—Reumannplatz, am 25. Februar 1978 war die Betriebsbewilligung zu erteilen, die in der Folge für die Verlängerung der Linie U 1 bis Stephansplatz erweitert wurde, ebenso die Betriebsbewilligung für die Verlängerung der Linie U 4 vom Schottenring bis Karlsplatz. Weiters waren eisenbahnrechtliche Baugenehmigungen für den Ausbau der U 1 im Abschnitt Lassallestraße bis Mexikoplatz auszustellen, ferner waren der Bauabschnitt Reichsbrücke der U 1 sowie der Umbau der sogenannten Zweierlinie für die U 2 und der der Wientalstrecke der Stadtbahn für die U 4 anhängig.

Anträge auf Bescheinigung des öffentlichen Interesses an der Abtragung von Miethäusern, die sich seit der Novellierung des § 19 Abs. 2 Ziff. 4 a Mietengesetz vor allem auf Assanierungsgründe im Sinne des Stadterneuerungsgesetzes 1974 stützen, betrafen unter anderem folgende Häuser: 4, Mühlgasse 21–25; 5, Schwarzhorngasse 11; 6, Webgasse 36; 7, Kirchberggasse 26; 13, St. Veit-Gasse 51, und 16, Wurlitzergasse 52.

Auf Grund des Luftfahrtgesetzes 1957, BGBl. Nr. 253/1957, hatte die Abteilung für den Landeshauptmann neben Außenlandebewilligungen, zum Beispiel für eine Hubschrauberbeförderung, auch die Bewilligung für einen Himmelsschreiber zu erteilen. Konzessionen für die gewerbsmäßige Vermietung von Zivilluftfahrzeugen konnten für zwei Antragsteller, die einen Bedarf geltend machten, ausgestellt werden.

Wie in den Vorjahren wurden in Angelegenheiten des Zivilschutzes Vertreter zu Beratungen der zuständigen Bundesministerien entsendet.

Im Jahre 1978 waren zu 10 Beschwerden an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes (Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof) Gegenschriften zu erstatten, auf Grund von 146 Einladungen zu Besprechungen, Sitzungen und Tagungen jeweils Vertreter zu entsenden. Darüber hinaus wurden 678 Akten der Baupolizei betreffend Ausnahmeanträge an die örtlich zuständige Bezirksvertretung und Anträge an den zuständigen Gemeinderatsausschuß von der Abteilung einer vorherigen rechtlichen Überprüfung unterzogen. An Grundabteilungen waren 1.116 (1977: 1.012) Fälle zu behandeln, Enteignungsverfahren wurden in 25 Fällen neu eingeleitet gegenüber 21 im Jahre 1977. Weiters waren 8 Tankstellen auf öffentlichem Gut baubehördlich zu behandeln, obwohl seit der Novellierung des Wiener Garagensgesetzes, LGBl. für Wien Nr. 7/1975, nur mehr Änderungen und Abtragungen beziehungsweise auf Abbruch gerichtete Widerrufe von Baubewilligungen in Frage kamen. Bei den öffentlichen Bauvorhaben des Bundes waren gegenüber 175 Anbringen im Jahre 1977 nunmehr 137 zu verzeichnen, die aber eine Vielzahl weiterer Amtshandlungen zur Folge hatten. Ebenso erforderten die laufenden Bauvorhaben (Beschauten, Statiken) ständige Überwachung. Nach dem Strahlenschutzgesetz waren in 5 Fällen Verfahren durchzuführen, Aufgrabungen, Kabelleitungen, Gas-Hochdruckleitungen und E-Hochspannungsleitungen in 585 Fällen zu behandeln. In Luftfahrtangelegenheiten ergaben sich 45 Anträge und Aktenstücke,

in allgemeinen Eisenbahnsachen 88; das Schwergewicht lag beim U-Bahn-Bau mit zusätzlichen 122 Aktenstücken.

Ersatzvornahmeansuchen zu baupolizeilichen Aufträgen, die im Vorjahr 620 Fälle betrafen, waren im Jahre 1978 in einer Anzahl von 616 zu behandeln.

Die Zahl der Berufungen gegen einzelne Vollstreckungsmaßnahmen sowie der Berufungsanbringen nach dem Feuerpolizeigesetz und dem Gebrauchsabgabengesetz stieg von 76 auf 86 im Jahre 1978, die der Berufungen in Verwaltungsstrafsachen ist mit 245 etwa gleich hoch geblieben und die Zahl der auf Grund des Stadterneuerungsgesetzes 1974, BGBl. Nr. 287/1974, eingereichten Anträge auf Erlassung von Feststellungsbescheiden über Assanierungswürdigkeit von Einzelobjekten sank auf 8 Fälle. Schließlich waren auf legistischem Gebiet 149 Fälle zu verzeichnen, die an die Abteilung neben der laufenden Tätigkeit in der Gesetzesvollziehung hohe Anforderungen sowohl hinsichtlich Umfang als auch Inhalt stellten.

Feuerwehr und Katastropheneinsatz

Im Jahre 1978 war mit insgesamt 20.966 Einsätzen die bisher höchste durchschnittliche Einsatzfrequenz zu verzeichnen. Ein äußerst gefährliches Ereignis war die Gasausströmung aus einem Bohrloch der Österreichischen Mineralölverwaltung (ÖMV) in der Bitterlichstraße, da zeitweise zahlreiche Einsatzkräfte der Wiener Feuerwehr und der ÖMV in Bereichen, für die höchste Explosionsgefahr bestand, tätig waren. Von den besonderen Brandeinsätzen ist vor allem der Großbrand in der Möbelfabrik Sleepy in Vösendorf hervorzuheben, bei dem die Feuerwehr und der Katastropheneinsatz Wien zur Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr mit einer großen Anzahl von Löschfahrzeugen im Einsatz war. Daraus konnten einige Erkenntnisse gewonnen werden: Hinsichtlich der Zusammenarbeit auf Führungsebene bestehen auf Grund der unterschiedlichen Form der Entwicklungsphasen beim Ausbau der Befehlspyramide noch gewisse Probleme. Bei der Magistratsabteilung 68 geht die Einsatzleitung mit zunehmender Stärke der eingesetzten Kräfte jeweils an die entsprechenden höheren Kommandofunktionen über, bei der Freiwilligen Feuerwehr Niederösterreich verbleibt bis zum Katastrophenfall der Ortsfeuerwehrkommandant Einsatzleiter. Die Zusammenarbeit der einzelnen Feuerwehren im Einsatz funktionierte jedoch vorbildlich.

Um in Wien einer möglichen Katastrophe organisatorisch und in der Vorbereitung gewachsen zu sein, wurden die Arbeiten auf diesem Gebiet mit Nachdruck fortgesetzt. Für den Katastrophenschutz der Stadt Wien wurden alle vorhandenen, bei der Abteilung aufliegenden Katastrophenschutz-, Alarm- und Einsatzpläne der Einsatzorganisationen der Stadt Wien zusammengefaßt und in Planparien übersichtlich geordnet. Insgesamt wurden drei Katastrophenschutzplanparien angefertigt, die auch laufend in Evidenz gehalten werden. Diese stehen somit den mit der Katastrophenhilfe befaßten Organen der Stadt Wien in der Katastrophenleitzentrale im Rathaus, dem Krisenstab der Stadtverwaltung sowie denen in der Nachrichtenzentrale der Feuerwehr zur Verfügung. Mit dem Landeskonservator für Wien wurden die ersten zielführenden Vorkehrungen, betreffend den Kulturgüterschutz für Wien, eingeleitet. So wurden die vom Dokumentationszentrum und Konventionsbüro des Bundesdenkmalamtes erstellten Sammelranglisten des zu schützenden Kulturgutes in Wien in die angeführten Katastrophenschutzplanparien aufgenommen.

Der bei der Feuerwehr Wien bereits in früheren Jahren aus Gründen der übersichtlicheren Personalerfassung und -einberufung im Katastrophenfall erfolgten Gliederung Wiens in drei Katastrophensprengel kam nun im Jahre 1978 noch mehr Bedeutung zu. Jedem Katastrophensprengel steht nun ein Sprengelleiter vor, dem sowohl präventiv als auch im Katastrophenfall selbst bestimmte Aufgaben zukommen. Die vorbeugenden Maßnahmen umfassen den kontinuierlichen Kontakt mit den Bezirksvorstehungen, die Erfassung sämtlicher neuralgischer Gefahrenpunkte sowie aller Firmen und Betriebe, die die im Katastrophenfall benötigten Hilfsgüter oder Gerätschaften führen. Im Katastrophenfall umfassen diese Maßnahmen die Entlastung der Einsatzzentrale Am Hof durch die Übernahme gewisser organisatorischer Aufgaben auf dem Gebiet der Verpflegung sowie die Unterbringung und Ablöse der eingesetzten Mannschaften in ihrem Katastrophensprengel. Vertreter der Feuerwehrdirektion nahmen an Katastrophenplanspielen sowie an Katastropheneinsatzübungen in der Bundesrepublik Deutschland und in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol teil, um aus den Erfahrungen derart personalintensiver und kostenaufwendiger Übungen Kenntnisse für den eigenen Bereich zu sammeln.

Die technischen Voraussetzungen für die Bewältigung schwieriger Aufgaben werden ebenfalls laufend verbessert. Die Modernisierung des Fahrparks sowie die Ausrüstung mit neuesten Spezialgeräten für den Einsatz wurden weiter fortgesetzt. Mit der Anschaffung von drei Rüstlöschfahrzeugen, universell einsetzbaren Fahrzeugtypen, wurde die Ausstattung der Feuerwehr der Stadt Wien weiter komplettiert. Um die Stromversorgung der umfangreichen Ausrüstung mit elektrisch betriebenen Geräten sicherzustellen, wurden die Fahrzeuge serienmäßig mit 7,5-kVA-Generatoren ausgestattet. Eine Drehleiter, die ausgedient werden mußte, konnte durch den Ankauf einer neuen, dem letzten Stand der Entwicklung entsprechenden Drehleiter ersetzt werden. Dieses

Rettungsgerät verfügt über zusätzliche Einrichtungen, die das Vornehmen elektrisch betriebener Geräte von der Leiterspitze weg oder den Einsatz dieser Leiter als Beleuchtungsturm gestatten. Bei zwei weiteren, bereits früher angeschafften Drehleitern wurde die erwähnte Zusatzausrüstung nachträglich eingebaut. Insgesamt verfügen 4 von den insgesamt 8 Drehleitern über diese im Einsatz bereits mehrfach bewährte Sonderausstattung. Im Hinblick auf den Bedarf zusätzlicher Führungs- und Transportfahrzeuge im Katastrophenfall wurden 1 Pkw-Kombi der Type Audi Avant, 2 Kommandofahrzeuge der Type VW-Kombi, 1 Mehrzweckfahrzeug der Type VW-Doppelkabine, 2 Mehrzweckfahrzeuge der Type Steyr-Fiat 238 E, 1 Lkw der Type Steyr OM 308 und 1 Lkw-Fahrgestell der Type Magirus 160 M angekauft, wobei dieses nach entsprechender Adaptierung als Containerfahrzeug dienen soll. Zur Durchführung von Reinigungsarbeiten nach Unfällen, bei denen Mineralölprodukte, insbesondere sogenannte dunkle Produkte, oder bestimmte andere Substanzen, etwa solche der Nahrungsmittelindustrie, ausgeflossen sind, wurden zwei Hochdruckreiniger auf Einachsanhänger angeschafft. Umfangreiche Untersuchungen und Vergleiche wurden mit Hitzeschutzanzügen, ABC-Schutzanzügen sowie Atemschutzgeräten der 300-bar-Technik begonnen, um auf dem wichtigen Gebiet des Schadstoffeinsatzes erforderlichenfalls neue Wege beschreiten zu können. Wegen des in letzter Zeit häufiger auftretenden Ausströmens entzündlicher Gase war es notwendig geworden, den Bestand an geeigneten Warn- und Meßgeräten sowie ex-geschützten Ventilatoren aufzustocken. Durch den Ankauf von zwei explosionsgeschützten Entlüftungsaggregaten hat die Wiener Feuerwehr nun die Möglichkeit, auch bei Auftreten explosibler Gas-Luft-Gemische, brennbarer Gase und Dämpfe usw. die notwendigen Be- und Entlüftungsarbeiten durchführen zu können. Die Industrie konnte zum Teil jedoch eine den speziellen Feuerwehrbedürfnissen entsprechend prompte Lieferung nicht bewerkstelligen, so daß Teile dieser dringend benötigten Ausrüstung erst 1979 beschafft und geliefert werden können. Vom Fahr- und Maschinendienst wurden außerdem 3 Leichttragskraftspritzen, 6 Außenbordmotore und 7 Bohr- und Stemmhämmer angeschafft. Um möglichen Katastrophen in Hochhäusern begegnen zu können, wurde ein weiterer Sprungretter angekauft. Das Riesenluftkissen mit den Maßen 7,5 m × 5,5 m × 2,5 m ist in 50 Sekunden einsatzbereit und wird von einer Löschruppe in Stellung gebracht. Das Gerät erlaubt Sprünge aus maximal 60 m Höhe.

Die Aufgabengebiete der Feuerwehr weiten sich laufend aus. Brandbekämpfung und Hilfeleistung werden in manchen Fällen immer schwieriger, so daß der Einsatz von Flugzeugen notwendig geworden ist. Da im Zuge des Außenlasttransportes mit Hubschraubern Lasten verschiedener Art befördert werden können, erscheint die Bereithaltung von Löschwassertransportbehältern, die bei der Waldbrandbekämpfung von ausschlaggebender Bedeutung sein können, sehr wesentlich. Zur Bewältigung dieser auf die Abteilung zukommenden Aufgaben wurden im Jahre 1978 vier Löschwassertransportbehälter angekauft. Durch Herausgabe eigener Richtlinien und durch praktische Schulung am Hubschrauber wurde ein ausreichender Personenkreis geschult. Um dem ständig wachsenden Risiko auf schiffbaren Gewässern im Raum Wien begegnen zu können, wurden zwei entsprechend große und wendige Arbeitsboote angeschafft. Dabei handelt es sich um ein Boot der Type Rotork 512 mit einer Länge von rund 12 m, einer Breite von 3 m und einer Motorleistung von insgesamt 192 kW sowie um ein Boot der Type Rotork 408 mit einer Länge von 8 m, einer Breite von 3 m und einer Motorleistung von 96 kW. Diese beiden Wasserfahrzeuge sind in erster Linie dafür vorgesehen, bei Schiffsunfällen Hilfe zu leisten und die für die Ölwehr notwendigen, schweren Geräte, wie Ölfüllpumpen, Generatoren, Öl-Wasser-Trenngeräte, Hochdruckreiniger, Ölsperren, Falttanks usw., samt Bedienungsmannschaft an die auf dem Wasser gelegene Einsatzstelle zu schaffen. Durch die Ausstattung mit einer großen Abklapprampe am Bug wird die Be- und Entladung der Ölwehrausrüstung wesentlich erleichtert. Zur Bekämpfung von Mineralölbränden auf Schiffen wurden die beiden Boote mit entsprechenden Löscheinrichtungen versehen. Erstmals war es möglich, durch Subventionen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft in größerem Maße Geräte zur Bekämpfung außergewöhnlicher Verunreinigungen der Donau anzukaufen. Zu diesen Geräten zählen eine 308-m-Ölsperre, bestehend aus 14 Einheiten à 22 m, die so konzipiert ist, daß beliebig viele Segmente gekoppelt werden können. Weiters kommt ein Öl-Wasser-Trenngerät auf Einachsanhänger (Explosionsschutzausführung G 3) dazu, womit in Gewässer gelangte Öle vom Wasser getrennt und anschließend zum Abtransport in geeignete Behälter gepumpt werden sollen. Schließlich ist ein Druck-Saugfaß mit Membranpumpe darunter, das dann zum Aufsaugen flüssiger und zähflüssiger Schadstoffe in dünnen Schichten benötigt wird, wenn die Aufnahme mit herkömmlichen Pumpen nicht möglich ist. Außerdem wurden 8 Falttanks angeschafft.

Das für den Nachrichtendienst erforderliche Kabelsystem ist etwa 50 Jahre alt und somit störanfällig. Aus diesem Grunde wurde mit dem Ausbau der Funkverbindung zwischen den einzelnen Feuerwachen begonnen. Diese Verbindung, die man als Notverbindung bezeichnen kann und die im 4-m-Band abgewickelt wird, soll die Alarmierung der Feuerwachen bei Auftreten von Kabelgebrechen sicherstellen. Für die Verwirklichung dieses Vorhabens konnten die Hauptfeuerwache Floridsdorf und die Zugswache Donaustadt mit je einem Funkmast ausgerüstet werden; weiters wurde eine 4-m-Relaisstation angekauft. Zur einfacheren und wirtschaftlicheren Durchführung von Servicearbeiten und von anfallenden Reparaturen wurde ein Funkmeßplatz angeschafft. Um den Kommunikationserfordernissen einer schlagkräftigen Hilfsorganisation gerecht werden zu können, ist mit den Vorarbeiten für die Einführung einer Diversity-Funkanlage begonnen worden. Auf den bestehenden Sen-

derstandorten „Lobau“, „Steinhof“ und „Rudolfshügel“ sowie auf dem Stephansturm soll je ein Empfangsgerät installiert werden. Jedes von einer Fahrzeugstation abgesetzte Signal kann von allen vier Empfängern empfangen und über eine Zweidrahtleitung in die Nachrichtenzentrale weiter- und einem Selektor zugeführt werden. Der Selektor wählt das stärkste Signal aus und setzt es, je nach Programmierung, entweder immer über einen bestimmten Sender oder über jenen Sender ab, von dem aus das günstigste Signal empfangen worden ist. Von der Funkstelle der Nachrichtenzentrale wird in diesem Fall grundsätzlich über jene Sendestation gesprochen, von der aus das günstigste Signal empfangen worden ist.

Auf baulichem Sektor wurden neben routinemäßigen Instandsetzungsarbeiten die Bauarbeiten an der neuen Feuerwache Landstraße wiederaufgenommen sowie eine Containerhalle und eine Tankstelle mit Diesel und Benzin in der Zugwache „Liesing“ fertiggestellt. Mit dem Bau einer Containerhalle auf der Hauptfeuerwache „Floridsdorf“ konnte begonnen werden. Im Rahmen des Notstromkonzeptes wurde in der Zentralfeuerwache am Hof eine Notstromanlage fertiggestellt und mit der Installierung von Notstromanlagen auf den Hauptfeuerwachen „Döbling“ und „Leopoldstadt“ begonnen. Auf dem Gebiete der Dienst- und Arbeitsbekleidung wurden die alten Schutzjacken gegen Kunststoffjacken weiterhin ausgetauscht. Zur verstärkten Ausbildung der Beamten der Rathauswache in der Selbstverteidigung wurden Luftdruck- und Trommelrevolver, Schießscheiben und Judo-Sticks (Schlagstöcke) angekauft. Der Intensivierung des sportlichen Trainings zur Erlangung einer dem Feuerwehrmann unerlässlichen körperlichen Fitneß wurde mit der Anschaffung von weiteren 300 Garnituren Sportbekleidung Rechnung getragen. Die bereits im Jahre 1977 der MD-Verwaltungsakademie zur Genehmigung vorgelegte Ausbildungs- und Prüfungsordnung wurde mit 3. Oktober endgültig genehmigt. Für sämtliche Kurse und Schulen mußte die genaue Aufzählung des Lehrstoffes als Anhang beigelegt werden. Bei der Prüfung des theoretischen Wissensstoffes im Zuge der Ausbildung wird vermehrt zur Form der schriftlichen Beantwortung übergegangen. In enger Zusammenarbeit mit den Berufsfeuerwehren in Österreich und durch Kontaktpflege mit der Arbeitsgemeinschaft der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland wurden die Ausbildungsrichtlinien für Berufsfeuerwehroffiziere neu überarbeitet, damit ein international vergleichbarer Standard in dieser Berufsgruppe erreicht werden kann. Durch die Modernisierung von Verkehrsverbindungen und Verkehrsmitteln ergaben sich auch für die Feuerwehr zusätzlich neue Gefahrenmomente, für die es vorzusorgen galt. Gemeinsam mit den Wiener Verkehrsbetrieben wurden für die 1978 in Betrieb genommenen U-Bahn-Abschnitte Einsatzpläne ausgearbeitet und das Feuerwehrpersonal mit den spezifischen Problemen vertraut gemacht. Dafür war eine entsprechende Dienstanweisung auszuarbeiten. Mit der Aufnahme des durchgehenden Verkehrs auf der Südost-Tangente war es erforderlich, einen genauen Situationsplan zu erstellen, bei dem an Hand von Lichtmastangaben oder sonstigen Straßenangaben die Lokalisation des Unfallgeschehens und die optimale Anfahrt der Unfallstelle möglich sein werden.

Auf dem Gebiete des vorbeugenden Brandschutzes sind besonders die durch Feuerwehroffiziere in der Vorweihnachtszeit erfolgten, unangesagten Kaufhausüberprüfungen zu nennen, bei denen vor allem die Einhaltung betrieblicher Sicherheitsvorschriften, wie Brennbarkeit von Dekorationen, Freihaltung von Verkehrswegen sowie Benützbarkeit von Notausgängen und Geräten der ersten und erweiterten Löschhilfe, überprüft wurde. Dabei konnte in den meisten Fällen die sofortige Beseitigung vorgefundener Übelstände veranlaßt werden. Sachverständige der Abteilung waren auch maßgeblich an der Ausarbeitung bundesweiter Richtlinien für den baulichen und betrieblichen Brandschutz beteiligt. Mit der Ausbildung von vorerst 43 Mann der Ersten Wiener Wach- und Schließgesellschaft in der ersten und erweiterten Löschhilfe wurde ein weiterer Beitrag zum Selbstschutz der Betriebe geleistet. Die Aufstockung dieser Anzahl ist vorgesehen. In der Abteilung wurde ein Merkblatt über die Installation und Instandhaltung von Trocken- und Naßsteigleitungen in Hochhäusern erstellt, das eine einheitliche Grundlage für die Erstellung von Gutachten der Amtssachverständigen darstellt, und mit der die bescheidmäßige Vorschreibung erfolgen kann. Die Brandschutzmaßnahmen im Ölhafen Lobau stellen seit Jahren ein Problem dar. Die Wiener Hafенbetriebsgesellschaft hat mit dem Ankauf eines Vorausfahrzeuges den Beginn zu einem weiteren Ausbau gesetzt. Dieses Fahrzeug wurde von der Berufsfeuerwehr Wien geplant und dessen Baudurchführung überwacht. Damit ist es möglich, nicht nur Entstehungsbrände zu löschen, sondern durch den darin eingebauten Behördenfunk auch die rasche Alarmierung der zuständigen Dienststellen durchzuführen.

Die Wiener Feuerwehr war an insgesamt 4 Tagen mit jeweils allen 7 Hauptfeuerwachen wieder Station bei dem für Kinder durchgeführten Wiener Ferienspiel und erfreute sich äußerst regen Zuspruches. Insgesamt besuchten 5.100 Kinder und 1.550 Erwachsene die Vorführungen der Feuerwehr, bei denen Schwerpunkte die „Wohnungsbrandbekämpfung“ und die „Löschdemonstration an brennenden Flüssigkeiten“ bildeten. Über diese Themen gelangte bei den Vorführungen auch eine Broschüre zur Verteilung. Die hohe bundesweite Anerkennung der Leistungen und der Bedeutung der Wiener Berufsfeuerwehr widerspiegelt die Wahl des Branddirektors Dipl.-Ing. Anton Sanytr zum Vizepräsidenten des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes. Die folgende Auswahl der bemerkenswertesten Einsätze des Jahres 1978 zeigt, daß die Wiener Feuerwehr eine äußerst schlagkräftige und hochtechnisierte Einsatztruppe ist, die mit den an sie gestellten Anforderungen einwandfrei

zurechtkommt, dies jedoch zu einem nicht unerheblichen Teil durch die Einstellung und den persönlichen, mutigen Einsatz jedes einzelnen Feuerwehrbeamten.

Am 20. Februar brach in 2, Hafenzufahrtsstraße, in dem in rund 20 m Tiefe unter der Donau durchgetriebenen Donaudüker, der die Abwässer des 21. und 22. Bezirkes zur Hauptkläranlage Simmering leiten wird, ein Brand aus. Dieser entstand etwa 250 m vom Tunneleingang entfernt, im Zuge von Schweißarbeiten. Um im Zuge der Bauarbeiten Wassereintritte zu verhindern, war unter Überdruck gearbeitet worden. Bei Ankunft der Feuerwehr wurde von Baustellenarbeitern mitgeteilt, daß im Tunnelstollen im Bereich von rund 100 m bis 400 m sieben Arbeiter eingeschlossen sind. Zunächst konnten zwei verunglückte Arbeiter, die sich in die bereits mit Rauch gefüllte, vom Eingang aus gesehen, erste Schleuse geflüchtet hatten, nachdem sie mit Prefluftatmern versehen worden waren, ins Freie gebracht werden. Die sieben Arbeiter der vordersten Schleuse wurden über Telefon laufend nach ihrem Befinden befragt. Einer Tauchergruppe, bestehend aus drei Mann, ausgerüstet mit einem Kreislaufmischgasgerät, gelang es, den Brand mit Pulverlöschern zu löschen. Nach Belüften der Tunnelröhre konnten die sieben Arbeiter wohlbehalten ausgeschleust werden.

Ein Straßenbahnzug der Linie 46 war, stadteinwärts fahrend, am 26. Februar bei der Weiche Enekelstraße aus den Schienen gesprungen, hatte bei Hausnummer 146 die Thaliastraße überquert und war entlang der linken Hausmauer zum Stillstand gekommen. Dabei wurden fünf Personen verletzt. Die Feuerwehr hob den Straßenbahnzug mit dem 40-Tonnen-Teleskopkranfahrzeug und einem weiteren 15-Tonnen-Kranfahrzeug wieder in die Schienen.

Durch Brandlegung war es am 1. März in der Psychiatrischen Klinik des Allgemeinen Krankenhauses in 9, Lazarettgasse 14, in der 5. Ebene der Station 5 A zu einem Brand am Gang und im Installationsschacht gekommen. Bei Eintreffen der Feuerwehr waren trotz starker Verqualmung des Stiegenhauses und des Ganges die Patienten, bis auf eine 74jährige Frau, vom Spitalspersonal bereits evakuiert und die Zuluftanlage abgeschaltet worden. Nach Auslösen von Alarmstufe 2 wurden von der Feuerwehr unter Atemschutz zwei Rohre über das Stiegenhaus sowie ein Rohr über eine Drehleiter vorgenommen und der Brand gelöscht. Die 74jährige Frau wurde sofort ins Freie gebracht, jedoch konnte von Ärzten des Krankenhauses nur mehr der Tod durch Rauchgasvergiftung festgestellt werden. Auf Grund der unübersichtlichen Situation, bedingt durch die Verqualmung sämtlicher Kommunikationswege und der schwierigen Zufahrbarkeit des betroffenen Objektes für die Feuerwehr, löste die Hauptinspektion Alarmstufe 3 aus. Die ausgerückten Bereitschaftszüge wurden durch eine Löschruppe verstärkt und 2 Großanklöschfahrzeuge, 2 Atemschutzfahrzeuge sowie 1 Schlauchcontainer angefordert. Alle über dem Brandherd gelegenen Stockwerke wurden unter Atemschutz durchsucht.

Eine Bohrsonde der Österreichischen Mineralölverwaltung in 11, Bitterlichstraße, war am 2. März völlig unermutet in einer Tiefe von nur knapp über 1.000 m auf Gas gestoßen. Beim Auswechseln des Bohrgestänges wurde ein Sicherheitsventil defekt. In der Folge strömten stündlich bis zu 20.000 m³ Erdgas und Wasser unter hohem Druck aus dem Bohrloch. Um den zu Beginn reinen Erdgasausbruch gegen Zündschlag zu sichern, wurden die Ausbruchstelle und der Bohrturm vorerst mit insgesamt vier Wasserwerfern bestrichen. Als der Gasausbruch auch Wasser auszuwerfen begann, mußte die Tätigkeit der Wasserwerfer eingestellt werden. Um auf einen möglichen Explosions- und Brandfall vorbereitet zu sein, wurden jedoch eine große Anzahl von Strahlrohren sowie die Wasserwerfer unter Druck gehalten, Atem- und Hitzeschutztrupps standen in Bereitschaft. Unter äußerst schwierigen Bedingungen wurden die Verplankung und die Planenabdeckung des Bohrturmes entfernt, um eine Eindämmung des Ausbruches vorbereiten zu können. In weiterer Folge mußte mit dem Abpumpen des ausgeworfenen Wassers begonnen werden. Zeitweise waren bis zu 16 Unterwasserpumpen, die alle über Notstromaggregate betrieben wurden, im Einsatz. 24 Stunden später, um 22.07 Uhr, kam es dann plötzlich zu einer schlagartigen Druckerhöhung der Gasausströmung bei gleichzeitigem Rückgang des Wasserauswurfes. Sofort wurden wieder sämtliche Wasserwerfer und Strahlrohre für die Befeuchtung des ausströmenden Gases in Betrieb genommen; Einsatzkräfte zum Schutze der Umgebung standen in Bereitschaft. Im gesamten Gebiet wurden laufend Messungen auf zündfähiges Gas-Luftgemisch vorgenommen. Am 4. März kam um 10.24 Uhr die Lagemeldung, daß kein Ausbruch mehr erfolgte. Der Einsatz hatte fast 36 Stunden gedauert, über 5 km Schläuche waren verlegt worden.

Im Zuge von Instandsetzungsarbeiten an der Gasinstallation im Schulgebäude in 15, Kröllgasse 20, war am 18. März aus unbekannter Ursache das aus dem Gaszählerraum im Keller ausgetretene Gas entzündet worden. Die entstandene Stichflamme hatte Gerümpel in zwei benachbarten Kellerräumen in Brand gesteckt. Bei Eintreffen der Feuerwehr schlugen die Flammen aus zwei Kellerfenstern und aus dem hofseitigen Kellerzugang. Der anwesende Schulführer teilte mit, daß ausströmendes Gas brennt und sich keine Personen in der Schule befinden. Die Brandbekämpfung wurde mit zwei Rohren unter Atemschutz begonnen. In der Folge schmolz ein 100 mm Gaszuleitungsrohr, wodurch eine weitere Explosion erfolgte. Sämtliche Feuerwehrmänner konnten sich aus eigener Kraft in Sicherheit bringen, fünf Feuerwehrbeamte wurden dabei zum Teil erheblich verletzt. Die Ausbreitung des Brandes konnte verhindert werden. Ein neuerlicher und erfolgreicher Löschruck im Keller wurde erst nach Abschalten der Gaszufuhr vorgenommen.

Auf der Baustelle UNO-City waren am 5. Juni in einem rund 200 m² großen Raum im 14. Geschöß des Bauteiles A 1 Arbeiter damit beschäftigt, Kleberreste vom Fußboden abzuschaben, wobei Lösungsmittel verwendet wurden. Dabei entstanden infolge schlechter Durchlüftung brennbare Dämpfe, die vermutlich durch eine Zigarette gezündet wurden. Durch die Druckwelle der dabei entstehenden Explosion waren die Fenster teilweise ge-
borsten. Die Besatzung zweier Löschfahrzeuge gelangte über einen Aufzug in das betreffende Stockwerk, bekämpfte den nicht allzu großen Brand vorerst unter Atemschutz mit einer Kübelspritze und begann darauf in dichtem Qualm sogleich mit der Suche nach drei vermißten Arbeitern. Um einen Rauchabzug zu ermöglichen, wurden mehrere nicht öffenbare Fensterscheiben eingeschlagen. Dabei wurde vorerst eine Leiche gefunden, ein weiterer schwerverletzter Arbeiter ins Freie gebracht. Von der zweiten Löschbereitschaft konnte mittlerweile ein Rohr über die Steigleitung unter Atemschutz vorgenommen und der Brand gelöscht werden. Auch das 15. Geschöß wurde unter Atemschutz durchsucht. Ein weiteres Rohr über eine zweite Steigleitung konnte nicht in Betrieb genommen werden, da mehrere Auslaufschieber an dieser Steigleitung nicht geschlossen waren. Rund 30 Personen wurden von der Feuerwehr aus höheren Stockwerken mit dem Aufzug unter der mutigen Mithilfe eines Aufzugwartes evakuiert. Von außen konnte die Feuerwehr nicht zum Brandherd gelangen, da die längste Drehleiter (50 m) um 5 m zu kurz war.

In der Möbelfabrik der Firma Sleepy in Vösendorf, Triester Straße 11, war am 29. Juni im zentral gelegenen Matratzenlager ein Brand ausgebrochen. Bei Eintreffen der Löschbereitschaft „Mariahilf“ war der Brand bereits durch das Dach durchgebrochen, fast das gesamte, rund 20.000 m² umfassende Fabriksareal verqualmt. Die Brandausdehnung im Inneren der Hallen konnte vorerst nicht abgeschätzt werden. Vom Einsatzleiter der Freiwilligen Feuerwehr ging an die Berufsfeuerwehr der Stadt Wien das Ersuchen, den Brand von Norden her zu bekämpfen und, wenn möglich, ein Übergreifen auf die Spritzlackiererei zu verhindern. Wegen der starken Rauchentwicklung und wegen der vielen bereits verlegten Schlauchleitungen mußte das Objekt großräumig umfahren werden. Bei Eintreffen der Löschbereitschaft „Mariahilf“ an der Nordseite stand die Spritzlackiererei bereits in Flammen. Der sofort in Stellung gebrachte Wasserwerfer des Großtanklöschfahrzeuges „Favoriten“ konnte die Brandausdehnung nicht wesentlich eindämmen. Da in unmittelbarer Nähe keine Wasserbezugsstelle vorhanden war und der nächste Hydrant in 200 m Entfernung kein Wasser lieferte, wurden zwei Zubringeleitungen mit rund 500 und 1.000 m Länge unter Zuhilfenahme des Schlauchcontainers „Leopoldstadt“ bis zu einem weiter entfernten Hydranten aufgebaut. In der Zwischenzeit wurde eine Löschgruppe mit zwei Rohren unter Atemschutz in der nördlichen Halle eingesetzt. Ein weiteres Rohr wurde auf das Hallendach vorgenommen, doch konnte keine wirksame Widerstandslinie aufgebaut werden, da das Scheddach eine reine Holzkonstruktion war und in der Halle große Mengen an Spanholzplatten und anderen Holzwerkstoffen lagerten. Knapp vor Einsturz eines Hallenfeldes mußte die Halle fluchtartig geräumt werden, wobei mehrere Schläuche verbrannten. Nach Fertigstellung der Zubringeleitung wurde die Anzahl der Rohre auf fünf erhöht, doch war es zu diesem Zeitpunkt bereits klar, daß die Halle nicht mehr gerettet werden konnte. Die Feuerwehrfahrzeuge wurden auf sichere Positionen zurückgenommen und der Feuerwehreinsatz beschränkte sich vorwiegend auf ein Verlangsamten des Abbrandes, den Schutz eines kleinen Holzlagerplatzes im Norden und die dahinter gelegenen Einfamilienhäuser. Von der Einsatzdirektion der Berufsfeuerwehr war in der Zwischenzeit Alarmstufe zwei, später drei ausgelöst worden. Mit den einzelnen nachalarmierten Fahrzeugen war die Berufsfeuerwehr Wien faktisch mit Alarmstufe vier tätig. Die Bereitschaften „Döbling“ und „Favoriten“ wurden im Süden der Halle zur Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren eingesetzt. Unter Mithilfe zweier Großtanklöschfahrzeuge konnte das Übergreifen des Brandes auf einen rund 5.000 m² großen Holzlagerplatz mit sechs Rohren erfolgreich verhindert werden. Für die Wasserversorgung der Großtanklöschfahrzeuge und der Rohre wurden fast 3.000 m Zubringeleitungen in Zusammenarbeit mit dem Schlauchcontainer „Leopoldstadt“ verlegt. Für diesen Einsatz standen von der Feuerwehr Wien 30 Fahrzeuge mit insgesamt 123 Mann zur Verfügung. Um diese Hilfeleistung außerhalb Wiens zu ermöglichen, wurde bei der Feuerwehr der Stadt Wien „Erhöhte Einsatzbereitschaft“ ausgelöst.

Bei Eintreffen der Feuerwehr standen am 10. Dezember Isoliermaterial und Holzkonstruktionsteile des Rohbaues der Schärddinger Molkerei in 14, Linzer Straße 225, im rund 1.800 m² großen Obergeschoß in Vollbrand. Der Brand wurde mit 6 Strahlrohren, 3 Wenderohren über Drehleitern und mit 2 Wasserwerfern von Großtanklöschfahrzeugen bekämpft. Während des Löschangriffes erfolgten zwei Explosionen, die durch den Inhalt großer Lösungs- und Klebemittelbehälter hervorgerufen worden waren. Durch die dabei entstandene Druckwelle wurden zwei Löschgruppen zu Boden geworfen und eine Ausfachungsbetonwand in den Hof geschleudert. Verletzt wurde dabei glücklicherweise niemand. Eine weitere Gefahr bestand durch eine abgeschmolzene brennende Gasleitung, die von einer aus 12 à 30-Liter-Flüssiggasflaschen bestehenden Flaschenbatterie herführte. Die Länge der Schlauchleitungen betrug bei dieser Brandbekämpfung über 3,5 km.

Rechtliche Verkehrsangelegenheiten

Die Tätigkeit als Berufungsbehörde in Verkehrsstrafsachen brachte der Magistratsabteilung 70 so wie in den vergangenen Jahren den größten Arbeitsaufwand und die stärkste Arbeitsbelastung. Im Jahre 1978

waren 9.637 Berufungsfälle zu bearbeiten, wobei 74 Gegenschriften an den Verfassungs- beziehungsweise Verwaltungsgerichtshof zu erstatten waren.

Von der Bundespolizeidirektion Wien wurden wegen Übertretung von Straßenverkehrsvorschriften 132 Millionen Schilling an Strafgeldern eingehoben und an das Land Wien für Zwecke der Straßenerhaltung abgeführt.

In Führerscheingelegenheiten ist durch die 4. Kraftfahrzeuggesetz-Novelle, BGBl. Nr. 615/1977, mit 21. Dezember 1977 eine Änderung des Instanzenzuges dahingehend eingetreten, daß eine Berufung an das Bundesministerium für Verkehr nur mehr dann zulässig ist, wenn die Lenkerberechtigung länger als auf 5 Jahre entzogen wird. Bei allen anderen Entziehungs- und Abweisungsfällen endet der Instanzenzug beim Landeshauptmann. Da gerade bei Führerscheingelegenheiten eine rasche Erledigung im Interesse der Betroffenen und aus verkehrserzieherischen Gründen vordringlich ist, hat der Gesetzgeber sogar die Verpflichtung statuiert, daß über Berufungen innerhalb von drei Monaten zu entscheiden ist.

Im Interesse der Bevölkerung wurden im Kraftfahrverkehr mehrere Linienführungen verbessert, was eine große Anzahl von Kommissionierungen von Haltestellen nach sich zog. Betroffen waren die Autobuslinien 10 A vom Bahnhof Heiligenstadt bis Dornbach, 27 B von Siedlung Wulzendorf bis Stadlau, die Linie 34 A bis zur Schnellbahnstation Floridsdorf, 39 A bis zur Silbergasse, 44 B bis zur Güpferlingstraße, 50 B bis in das Industriegebiet Auhof und 79 B bis in das neugeschaffene Textilzentrum Molitorgasse.

In Straßenbahngelegenheiten wurden einige Straßenbahnbauwerke und weitere neue Wartehäuschen bei Straßenbahnhaltestellen genehmigt, womit eine umfangreiche kommissionelle Tätigkeit verbunden war. Die Teilnahme an Verkehrsverhandlungen der Magistratsabteilung 46 ergab ebenfalls eine große Arbeitsbelastung.

Für die Revision von Gewerbetreibenden und Vereinen, die zur Abgabe von Gutachten, betreffend die wiederkehrende Überprüfung gemäß § 57 Absatz 4 Kraftfahrzeuggesetz 1967, oder die zur wiederkehrenden Begutachtung gemäß § 57 a Kraftfahrzeuggesetz 1967 ermächtigt sind, wurden Richtlinien ausgearbeitet, die eine weitere Verbesserung der Prüftätigkeit bringen werden.

Auf legislativem Gebiet wurden an den Beratungen zur Erlassung eines Gefahrgütergesetzes-Straße mitgewirkt. Die Problematik umfaßt Chlortransporte in Straßentankfahrzeugen sowie die Schaffung von Ausnahmeregelungen für die Beförderung von ekelerregenden oder ansteckungsgefährlichen Stoffen im Rahmen der gemeindeeigenen Unratsbeseitigung.